
I N L A N D

Asyl: Kirche wünscht sich bessere Kooperation mit Politik	2
Stift Admont schafft Platz für 70 Flüchtlinge	3
Steiermark: Klöster engagiert bei Flüchtlingsunterbringung	3
Schönborn: "Täglich mehr" Flüchtlinge in kirchlichen Gebäuden	5
Orden: Mehr Einsatz gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution	6
Christophorus-Aktion 2015: Autos und Rollstühle	7
Sommerakademie Kremsmünster: Leid in den Blick nehmen	7
"Vinzi-Pfarrer": Mittel für Zivildienst aufstocken statt kürzen	8
Ordensspital startet Programm für künftig niedergelassene Ärzte	9
Niederösterreichische Ordensschule erhielt Umweltpreis	9
102-jährige Ordensfrau feiert 80-Jahr-Professjubiläum	9
Leitung der Halleiner Schwestern Franziskanerinnen bestätigt	10
Sommerschluss: Wer billig kauft, kauft unfair	10
Kräutler: Einsatz für Arme auch nach altersbedingtem Rückzug	11

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

Klöster laden zur "Langen Nacht der Klostergärten"	12
In Paraguay trifft Franziskus auf massive Umweltzerstörung	13
Radiogottesdienst aus Zisterzienser-Abtei Mehrerau	14
Jahr der Orden: Die Woche vom 19. bis 25. Juli	15
Jahr der Orden: Die Woche vom 12. bis 18. Juli	16

A U S L A N D

Irak: Ordensfrau übt heftige Kritik am Westen	17
Irakischer Franziskaner in Syrien befreit	19
Papst: Christenverfolgung im Nahen Osten "eine Art Völkermord"	19
Papst fordert in Bolivien humanere Haftbedingungen	20
Geballte Fäuste und Polit-Parolen für Papst Franziskus	20
Was Jorge Bergoglio einer paraguayischen Kommunistin vedankt	22
Papst ernennt maltesischen Franziskaner zu Koadjutor in Libyen	23
Tschechien gibt sanierungsbedürftige Gebäude an Kirche zurück	24
Danaergeschenk an Tschechiens Katholiken	24
Protest gegen Verkauf von Kloster in der Türkei	25
Festnahmen nach Brandstiftung auf Benediktinerkloster Tabgha	26
Papst ernennt Familienratssekretär Laffitte zu Malteser-Prälaten	26
Deutschland: Kirchen rufen zur Teilnahme am Klima-Pilgerweg auf	26

I N L A N D

Asyl: Kirche wünscht sich bessere Kooperation mit Politik

Bischofskonferenz-Generalsekretär Schipka in der "Presse": Gibt weitere kirchliche Kapazitäten, "aber um diese heben zu können, braucht es die Kooperation mit den politischen Entscheidungsträgern" - Bischofskonferenz-Sprecher Wuthe in einem "Standard"-Kommentar: "Kirche muss sich bei Flüchtlingshilfe nicht verstecken"

Wien (KAP) Eine bessere Kooperation zwischen Politik und Kirche bei der Quartiersuche für Flüchtlinge wünscht sich der Generalsekretär der österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka. Es gebe noch Kapazitäten im kirchlichen Bereich, "aber um diese heben zu können, braucht es die Kooperation mit den politischen Entscheidungsträgern", so Schipka in einem Interview mit der Tageszeitung "Die Presse" am 11. Juli. Gemeinsam müssten "unberechtigte Ängste" und "rechtliche Hürden, die einem Quartierangebot entgegenstehen", abgebaut werden. "Man soll der Hilfsbereitschaft nicht diese Grenzen setzen, wie es derzeit geschieht", so Schipka.

Dort, wo die Kooperation zwischen Kirche und politischen Entscheidungsträgern gut ist, sei "sehr viel möglich. Wir stehen vor einer großen Aufgabe, gemeinsam ist sie aber lösbar". Völlig unverständlich ist für Schipka vor diesem Hintergrund die jüngste Kritik eines ÖVP-Mandatars am angeblich fehlenden Engagement der Kirche bei der Quartiersuche. Das sei "politisches Hick Hack", das niemandem helfe, "am allerwenigsten jenen Menschen, die Hilfe am allerdringendsten brauchen".

Die Kirche rede durch ihr Handeln, verwies Schipka auf aktuelle kirchliche Projekte, "die eine deutliche Sprache sprechen". In der Diözese Eisenstadt etwa werde durch die Öffnung von Pfarrhöfen die bisherige Zahl von 54 kirchlich untergebrachten Asylwerbern bis Ende des Jahres auf rund 200 vervierfacht. Das obersteirische Stift Admont stelle 70 Flüchtlingen ein vom Land erworbenes und adaptiertes Schulheim als Quartier zur Verfügung. Und im ehemaligen Stephansheim in der Gemeinde Horn sein erst vor einer Woche 100 Asylwerber aufgenommen worden.

"Nicht an die große Glocke" hänge man die Hilfeleistungen vieler Pfarren, die sich um Aufnahme und Unterstützung von Asylwerbern bemühen, die privat oder in kommunalen Einrichtungen untergebracht sind. Er erlebe die "große Hilfsbereitschaft" immer wieder in der eigenen Pfarre.

Eine detaillierte Übersicht über die kirchlichen Bemühungen hat Paul Wuthe, Sprecher der österreichischen Bischofskonferenz, in einem Kommentar in der Tageszeitung "Der Standard" (11. Juli) gegeben und damit auf die Kritik der Journalistin Barbara Coudenhove-Kalergi über fehlendes Engagement kirchlicherseits reagiert. Trotz einzelner Initiativen etwa von Seiten Kardinal Christoph Schönborns stünden viele Klöster und kirchliche Gebäude leer, so die Journalistin in einem "Standard"-Kommentar (8. Juni).

Dass sich die Kirche in Wahrheit nicht verstecken müsse, belegten Zahlen. "Derzeit sind rund 4.000 Asylwerber im Bereich der Grundversorgung im kirchlichen Bereich untergebracht und werden von der Caritas betreut - im Juli 2014 waren es rund 3.000", so Wuthe. 2.000 dieser Plätze seien Quartiere, die im kirchlichen Eigentum stehen. Weiters würden 10.000 Asylwerber von der kirchlichen Caritas mobil betreut. Insgesamt seien von der Kirche aber viel mehr Quartiere angeboten, die von den Behörden allerdings als ungeeignet zurückgewiesen worden sein. "Auch fragwürdige Ängste dürften dabei eine Rolle spielen", so Wuthe, der an die politischen Verantwortungsträger plädierte, "die vorhandene Hilfsbereitschaft in Bevölkerung und Kirche zu aktivieren."

Stift Admont schafft Platz für 70 Flüchtlinge

Benediktiner kaufen dafür leerstehendes Landesschülerheim um 714.000 Euro vom Land Steiermark

Graz (KAP) Das Stift Admont kauft das leerstehende Landesschülerheim in Admont und baut es zu einem Asylwerberheim um. Der ORF Steiermark zitierte dazu am 8. Juli Abt Bruno Hubl mit den Worten: "Die Kirche versucht ja immer wieder, auch Flüchtlingen zu helfen, und da wollen wir einfach auch einen Betrag leisten, dass bei uns Flüchtlinge aufgenommen werden können", so der Admonter Abt. Dem Land Steiermark seien für das Heim 714.000 Euro bezahlt worden, in den Umbau will das Benediktinerstift weitere 70.000 bis 80.000 Euro investieren, hieß es. Im September soll die Adaptierung abgeschlossen sein. Beim Land spricht man laut ORF von einem Vorzeigeprojekt, der Admonter Bürgermeister ist skeptisch.

Das neue Großquartier wird der Steiermark helfen, die vom Bund vorgegebene Quote bei der Flüchtlingsunterbringung zu erfüllen. Zuletzt fiel diese in dem in dieser Hinsicht bisher vorbildlichen Bundesland auf leicht unter die erforderlichen 100 Prozent. Laut Integrationslandesrätin Doris Kampus sollen in Admont unge-

fähr 30 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einquartiert werden und die restlichen 40 Plätze für Familien zur Verfügung stehen. Die SP-Landespolitikerin sprach von einem Quartier, das sowohl steiermark-, als auch österreichweit als "Vorzeigemodell" bezeichnet werden könne.

Wenig euphorisch äußerte sich ihr Admonter Parteifreund, Bürgermeister Hermann Watzl, über das Projekt. Die Stimmung in der obersteirischen Gemeinde sei "angespannt, es gibt ja schon privat untergebrachte Flüchtlinge in Admont". Österreichweit gebe es wohl keinen Bürgermeister, "der glücklich ist, wenn er über Nacht erfährt, dass in seinen Bereich 70 Flüchtlinge zur Betreuung kommen", so Watzl. Aber man dürfe die Augen nicht vor einer immer schwieriger werdenden Asylsituation im Land verschließen, "man muss das Problem beim Schopf packen, und vielleicht bringen wir gemeinsam etwas zusammen", sagte der Bürgermeister. Zunächst will er die Admonter Bevölkerung umfassend über das neue Asylquartier informieren.

Steiermark: Klöster engagiert bei Flüchtlingsunterbringung

Stift Rein plant Aufnahme von 12 Flüchtlingen bis Herbst - Aktuell sind Flüchtlinge im Stift St. Lambrecht, bei den Barmherzigen Brüdern in Graz und bei den Grazer Kreuzschwestern untergebracht

Graz (KAP) Die Mönche des steirischen Stifts Rein, dem ältesten durchgängig bewohnten Zisterzienserkloster der Welt, wollen zusammenrücken und einige Räume im Kloster für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Das Land Steiermark prüft zurzeit den von der Caritas gestellten Antrag auf Unterbringung. Stiftssprecher Pater August Janisch ist zuversichtlich, dass der Bescheid des Landes positiv ausfällt und nötige Adaptierungsarbeiten bis Herbst abgeschlossen sind. Geplant ist die Unterbringung von rund 12 Flüchtlingen, so der Zisterzienser am 15. Juli gegenüber "Kathpress". "Der Winter kommt bestimmt, und es muss jetzt schon daran gedacht werden, Wohnraum für jene sicherzustellen, für die Zelte als Notlösung für den Sommer noch genügen mögen."

Mit der Unterbringung der Flüchtlinge will der Konvent ein "bescheidenes Zeichen der Solidarität mit Menschen in Not setzen. Dem Jesuswort "wer einen von diesen Geringsten aufnimmt, nimmt mich auf" folgend, "wollen auch wir unseren Beitrag leisten", so Pater August.

Widerstände seitens des im Stift untergebrachten Bundesgymnasiums habe es nicht gegeben. "Sowohl der Elternverein als auch die Direktorin haben sich positiv zur geplanten Unterbringung geäußert." Erfreulich sei auch die wohlwollende Reaktion seitens des Bürgermeisters der Gemeinde Gratwein-Straßengel und des Pfarrers des Pfarrverbands.

Weitere Quartiere in Klöstern

Das in der Oststeiermark gelegene Stift Vorau ist seit Februar Unterkunftgeber für Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien. Die 15 Männer sind in drei-Bett-Zimmern mit Sanitäranlagen in den Zimmern untergebracht. Die Unterkunft wird von der Caritas als Teilselbstversorger-Quartier geführt und verfügt über eine Gemeinschaftsküche. Bis Ende August bleiben die Flüchtlinge in Vorau, dann werden die Räumlichkeiten wieder stiftsintern gebraucht.

Insgesamt elf Flüchtlinge, eine achtköpfige und eine dreiköpfige Familie, sind seit Juni im obersteirischen Stift St. Lambrecht untergebracht. Die Kreuzschwestern in Graz bieten zwölf Flüchtlingen eine Unterkunft. Seit Dezember leben auch auf dem Areal der Barmherzigen Brüder in Graz 15 Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak.

Die Diözese hat der Caritas bisher zwei Objekte mit je 25 Plätzen zur Verfügung gestellt. Im Grazer Augustinum ziehen mit nächster Woche 25 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In den steirischen Pfarrhöfen sind zur Zeit rund 100 Flüchtlinge untergebracht.

Flüchtlingsquartiere: Land lehnt Angebot der Kirche ab

Immer wieder lehnt das Land aber auch Angebote der Kirche ab; so in Judenburg, wie die "Kleine Zeitung" berichtete. Soziallandesrätin Doris Kampus hatte Bischof Wilhelm Krautwaschl persönlich um Hilfe gebeten, woraufhin die Diözese in Judenburg-St. Magdalena fündig wurde. Der Pfarrhof bietet die geforderte Infrastruktur und Platz für 15 Flüchtlinge. Das Land lehnte das Angebot allerdings ab. Kampus begründete dies mit eine Zusage ihres Vorgängers Siegfried Schrittwieser, keine neuen Flüchtlinge in der obersteirischen Stadt unterzubringen. Judenburg gehört zu jenen sechs Gemeinden, die die meisten Asylwerber, nämlich 122, aufgenommen haben. Die Landesrätin: "Zusagen muss man auch einhalten."

In der Diözese beurteilt man die Zusammenarbeit mit dem Land prinzipiell positiv, nur: "Im konkreten Fall geht es darum, Flüchtlingen vorübergehend eine feste Unterkunft zu geben", verwies Erich Hohl, der Integrationsbeauftragte der Diözese, auf den Missstand, Flüchtlinge im Erstaufnahmelager Traiskirchen bei Unwetter oder Starkregen in Busse zu verfrachten. Hohl dazu: "Hier geht es um Menschen."

Landesrätin Kampus will das Angebot der katholischen Kirche "in Evidenz halten" und nur im Notfall und dann auch zeitlich befristet darauf zurückgreifen. Ihr Appell gehe vielmehr an die Bürgermeister jener Gemeinden, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufgenommen haben, solidarisch zu sein.

"Way of Hope" Weiz: Dialog mit FPÖ

In Weiz kam es zu einem bemerkenswerten Brückenschlag zwischen den mit Hilfe der Pfarrgemeinde untergebrachten 35 Flüchtlingen und den beiden FPÖ-Gemeinderäten in der oststeirischen Bezirksstadt. "Sie wollten sich aus erster Hand informieren", teilte der Theologe und Gründer der Initiative "Way of Hope", Fery Berger, gegenüber "Kathpress" mit. Es sei in dem "konstruktiven Gespräch in angenehmer Atmosphäre" um Fragen, Befürchtungen und Kritik gegangen, die an die Lokalpolitiker immer wieder herangetragen werden. Z.B. werde oft Befremden darüber geäußert, dass Asylwerber mit teuren Smartphones telefonieren und sich Verträge leisten können. Zwei zu dem Gespräch eingeladenen Asylwerber dazu: Fast alle Flüchtlinge brachten ihre Smartphones schon mit und kauften sie nicht erst in Österreich. In Syrien seien die Handys wesentlich billiger, und die Verträge hierzulande seien mit zehn Euro pro Monat auch für Minderbemittelte leistbar.

Wie Berger mitteilte, wollen sich Vertreter der "Way of Hope"-Flüchtlingshilfe und die FPÖ-Politiker in Zukunft gegenseitig rechtzeitig informieren, "wenn es zu irgendwelchen Unklarheiten kommt".

Schönborn: "Täglich mehr" Flüchtlinge in kirchlichen Gebäuden

Kardinal in "Heute"-Kolumne: Not wächst ebenso wie erfreulicherweise die Solidarität in Österreich

Wien (KAP) "Wenn Nöte auf unser Land zukommen, hat immer noch die Nächstenliebe die Oberhand behalten": Mit Optimismus hat Kardinal Christoph Schönborn am 10. Juli in seiner wöchentlichen Kolumne in der Gratiszeitung "Heute" die kontinuierlich starken Flüchtlingsströme auch nach Österreich kommentiert. Mit der Zahl der Flüchtlinge, die wegen zunehmender Krisenherde ihr Land verlassen, wachse zwar auch die Sorge in der Bevölkerung: "Wo führt das hin?" Umso erfreulicher sei es, dass hierzulande auch die Solidarität wächst. Schönborn verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Hilfe seitens der Kirche: Bisher seien 4.000 Flüchtlinge in kirchlichen Gebäuden untergebracht. "Täglich werden es mehr."

Besonderes Augenmerk gelte kirchlicherseits minderjährigen Flüchtlinge, "deren Schicksale oft besonders schwer sind". Der Wiener Erzbischof erwähnte hier das Kloster St. Gabriel in Maria Enzersdorf, wo 43 minderjährige und weitere mehr als 100 erwachsene Flüchtlinge aufgenommen wurden. Eine ähnliche Einrichtung entstehe im ehemaligen Servitenkloster im 9. Wiener Bezirk, wo im Vorjahr die Votivkirchenflüchtlinge untergebracht waren.

Der Kardinal äußerte Freude über viele Beispiele von Hilfsbereitschaft, von denen er täglich höre und lese: So hätten sich in Bruck/Leitha Bürgermeister, Rotes Kreuz und Pfarre zusammengetan, um Quartiere zur Verfügung zu stellen; in Horn seien im ehemaligen Stephansheim die ersten von 100 Flüchtlingen aufgenommen worden, um die sich 120 Menschen im Rahmen der Aktion "Willkommen Mensch" ehrenamtlich kümmern. Der Verein "Klosterneuburg hilft" habe bereits 500 Unterstützer, die sich um 250 Flüchtlinge kümmern, denen das Stift Klosterneuburg die Magdeburgkaserne zur Verfügung stellte. "Ohne die vielen freiwilligen Helfer wären die öffentlichen Stellen alleine überfordert", lobte Schönborn.

Viele kleinere Quartiere in Wohnungen, Pfarren und Heimen, die angeboten werden, zeigen laut dem Kardinal: "Es fehlt nicht an bestehendem Wohnraum." Dazu kämen viele erfreuliche Zeichen der Solidarität wie Deutsch lernen, Freizeitangebote, Beschäftigungsmög-

lichkeiten, Hilfen für den Alltag von Menschen, die alles verloren haben. Schönborn: "Gott sei Dank fehlt es nicht an helfenden Händen und Herzen."

Arbeit der Flüchtlingskoordinatoren greift

Auf die bereits "sehr erfolgreichen" Bemühungen der in allen österreichischen Diözesen eingesetzten Flüchtlingskoordinatoren hat der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka, hingewiesen. In der Diözese Eisenstadt etwa werde durch die Öffnung von Pfarrhöfen die bisherige Zahl von kirchlich untergebrachten Asylwerbern bis Ende des Jahres vervierfacht. Das obersteirische Stift Admont stelle 70 Flüchtlingen ein vom Land erworbenes und adaptiertes Schulheim als Quartier zur Verfügung. Im Missionshaus St. Gabriel sei er - so Schipka am 9. Juli gegenüber "radio klassik Stephansdom" - auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge getroffen, die voll Hoffnung seien, dass in Österreich ein Leben in Sicherheit und mit Zukunftsperspektive vor ihnen liegt.

Hinsichtlich der Größe der Quartiere gibt es nach den Worten des Generalsekretärs unterschiedliche Meinungen: Kleine Unterkünfte erforderten eine aufwendigere und somit teurere Betreuung, seien aber im Hinblick auf eine Integration später anerkannter Asylwerber vorteilhafter.

Die Diözesankoordinatoren seien beauftragt, mögliche Quartiergeber wie Pfarren oder Ordensgemeinschaften anzusprechen, teilte Schipka mit. Ihnen obliege es auch, das Thema Flüchtlinge innerhalb ihrer Diözese aktuell zu halten und gegebenenfalls auch in Dialog mit politischen Entscheidungsträgern zu treten. Dies sei z.B. gegenüber Bürgermeistern erforderlich, wenn es um die Bereitstellung von Flächen geht, auf denen Wohneinheiten durch Container geschaffen werden könnten.

"Tagtäglich Knochenarbeit für Menschlichkeit"

Die Diözese Eisenstadt präzierte am 10. Juli ihre bereits am 8. Juli bekanntgegebenen Pläne, Flüchtlingen bis zum Jahresende 200 neue Plätze in kirchlichen Häusern zur Verfügung zu stellen. Mit den bestehenden Tagsätzen von 18,50 Euro

sei eine "adäquate und menschenwürdige Unterbringung und Betreuung" zwar kaum möglich, die Kirche - und speziell die Caritas - leiste aber "tagtäglich Knochenarbeit für die Menschlichkeit", heißt es in einer Aussendung der Diözese. Bischof Ägidius Zsifkovics liege die Flüchtlingshilfe "besonders am Herzen". Auf seine Initiative hin sei für die Adaptierung möglicher Quartiere ein Sonderbudget bereitgestellt worden.

Auf einem kirchlichen Krisengipfel habe der Bischof mit burgenländischen Pfarren die inzwischen umgesetzte Vereinbarung getroffen, dass in geeigneten Pfarrhöfen Platz für syrische Kriegsflüchtlinge geschaffen werden. Die Aufnahmekapazität liege zwischen fünf und acht

Personen; in enger Kooperation zwischen Diözese, Pfarren und Caritas soll eine qualitätsvolle Betreuung sichergestellt werden. "Die Diözese wartet nur mehr auf die Zuweisung dieser Menschen durch das Innenministerium."

Für Männer, Frauen und Kinder, die dem Bürgerkrieg in Syrien entfliehen und dabei ihr Leben riskieren, seien Zeltstädte in Österreich und auch in Eisenstadt "keine Option, sondern ein Armutszeugnis für die handelnden Politiker", kritisierte die Diözese. Der Umgang mit Schutz suchenden, teils schwer traumatisierten Menschen erfordere von den Verantwortlichen in Bund und Ländern "Besonnenheit und Sachlichkeit".

Mehr Einsatz gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Ordensgemeinschaften in Oberösterreich planen zu Tabuthema neue Initiativen

Linz (KAP) Die Ordensgemeinschaften in Oberösterreich verstärken ihr Engagement gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution. Sr. Maria Schlackl von den Salvatorianerinnen und P. Hans Eidenberger von den Marianisten sollen künftig innerhalb der Ordensgemeinschaften über die Problematik informieren und zum Engagement anregen. Das haben die heimischen Ordensgemeinschaften auf ihrer Website (www.ordensgemeinschaften.at) mitgeteilt.

Eine breit aufgestellte Projektgruppe soll sich zudem gemeinsam mit den beiden Beauftragten des Tabuthemas annehmen. Auch über die Orden hinausgehende Institutionen, Entscheidungsträger oder Bildungseinrichtungen sollen einbezogen werden.

Am 14. Oktober ist in Linz eine Tagung geplant, bei der sich die Ordensleute mit den Themen Menschenhandel und Zwangsprostitution auseinandersetzen und auch eigene Initiativen planen wollen. Sr. Schlackl: "Es könnte eine große Wirkkraft von uns Ordensgemeinschaften ausgehen. Es geht darum, Menschenwürde im Zusammenhang mit Menschenhandel in die Mitte eines Prozesses zur Bewusstseinsbildung zu stellen." Einige Fragen, mit denen sich die Ordensleute laut Schlackl auseinandersetzen wollen: "Nehmen wir in unserem Umkreis entwürdigendes Verhalten anderen Personen gegenüber wahr und wie beziehen wir Stel-

lung? Gibt es Bordelle, Laufhäuser, Nachtclubs in unserem Umfeld?"

Den Kampf gegen den Menschenhandel zählen die österreichischen Orden schon länger zu ihrem vordringlichen Auftrag. So betreibt der Verein "Solwodi" (Solidarity with Women in Distress/Solidarität mit Frauen in Not) in Wien eine Schutzwohnung für ehemalige Prostituierte und Opfer von Menschenhandel. Die Aktivitäten sollen nun ausgeweitet werden. So planen etwa Tiroler Frauenorden, eine Niederlassung von "Solwodi" aufzubauen. Die Mitarbeiter von "Solwodi" bemühen sich, Frauen, die aus der Zwangsprostitution ausbrechen wollen, einen geschützten Rahmen anzubieten und sie auch psychisch zu stabilisieren.

Getragen wird "Solwodi" von der Schwesterngemeinschaft der Caritas Socialis, den Salvatorianerinnen, der Congregatio Jesu, dem Institut der Franziskanerinnen Missionarinnen Mariens, der Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Wien-Gumpendorf und der Missionskongregation der Dienerinnen des Heiligen Geistes.

Menschenhandel und Zwangsprostitution ist aber auch bei den Missions- und Entwicklungshilfeinsätzen der Orden ein Thema. So bauen derzeit etwa die Don Bosco Schwestern in Manila (Philippinen) ein neues Zentrum für missbrauchte oder auf der Straße lebende Mädchen.

Christophorus-Aktion 2015: Autos und Rollstühle

Katholisches Hilfswerk MIVA bittet am Christophorus-Sonntag (26. Juli) um einen ZehntelCent pro unfallfreiem Kilometer - Schwerpunktland 2015 ist Peru

Linz (KAP) Um einen ZehntelCent pro unfallfreiem Kilometer bittet die österreichische Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft (MIVA) bei ihrer Spendenaktion zum Christophorus-Sonntag am 26. Juli. Die MIVA ist ein Hilfswerk der katholischen Kirche, das sich die Finanzierung von Fahrzeugen aller Art für Mission und Entwicklung zum Ziel gesetzt hat. MIVA-Autos bringen Priester in die Dörfer, Kinder zur Schule, Patienten ins Krankenhaus, medizinisches Personal zu den Stützpunkten. Sie sind für die unterschiedlichsten Pastoral- und Entwicklungsprojekte unterwegs. Mit den Spenden aus Österreich werden alljährlich Projekte in etwa 60 Ländern der Welt unterstützt.

Am Christophorus-Sonntag werden in vielen österreichischen Pfarren Fahrzeugsegnungen abgehalten. Besonders gekennzeichnete Opferstöcke in den Kirchen stehen für die Spende zur Christophorus-Aktion bereit.

Rund 5,3 Millionen Euro Spendeneinnahmen konnte die MIVA 2014 verzeichnen und damit insgesamt 2.086 Fahrzeuge finanzieren: mehr als 1.700 Fahrräder, 259 Autos, 86 Motorräder, aber auch Rollstühle, Traktoren, Boote und Reittiere.

Schwerpunktland der diesjährigen Christophorus-Aktion ist heuer Peru. Einer von vielen MIVA-Projektpartnern in diesem Land ist der junge Frauenorden "Siervas del Plan de Dios" (Dienerinnen des Planes Gottes) in der peruanischen Hauptstadt Lima. Mit großem Einsatz sorgen sich die Schwestern um Menschen in den Armenvierteln der Stadt. Sie unterrichten die Kinder, bringen den Alten Essen, helfen bei der Verbesserung der notdürftig eingerichteten Behausungen.

Zudem betreiben die Schwestern eine Schule für Kinder und Jugendliche mit körperlichen Behinderungen. Einige der Schüler kommen aus Armensiedlungen am Rand der Stadt. Sie werden täglich abgeholt und zurückgebracht. Ein Chauffeur ist dafür mit einem Kleinbus mehrere Stunden täglich unterwegs.

Die Ordensgemeinschaft ist für ihren Dienst in der riesigen Stadt auf funktionierende Fahrzeuge angewiesen. Die Schwestern haben die MIVA aber auch um die Finanzierung von neuen und besseren Rollstühlen für die Schule gebeten. (Infos: www.miva.at; Spendenkonto: IBAN AT57 5400 0000 0077 7771)

Sommerakademie Kremsmünster: Leid in den Blick nehmen

Ökumenische Großveranstaltung im Stift Kremsmünster startete mit Appellen zu menschenwürdiger Asylpolitik und mehr Mitgefühl für Flüchtlinge

Linz (KAP) Die menschliche Grunderfahrung des Leids, der Umgang damit sowie die Auswirkungen des Leids auf das Gottesbild stehen im Mittelpunkt der Ökumenischen Sommerakademie im Stift Kremsmünster. Der Innsbrucker Bischof Manfred Scheuer plädierte in seinen Eröffnungsworten dafür, vor allem das Leid der Mitmenschen in den Blick zu nehmen - etwa jenes der Asylwerber. Bei der Begegnung mit Not und Leid von Asylwerbern seien derzeit unterschiedliche Reaktionen zu erleben: Gastfreundschaft, Sympathie, Wegbegleitung und Engagement ebenso wie Angst und Ablehnung. "Vielleicht können diese Tage ein Baustein dafür sein, dass sich die Menschen in unserem Land gut leiden

können", so der Wunsch des Innsbrucker Bischofs für die Sommerakademie.

Der oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer griff den Appell des Bischofs auf. Es sei Auftrag von Kirche, Politik und Gesellschaft, Leid zu verhindern und ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, beispielsweise durch eine Asylpolitik "mit Anstand und Hausverstand". Pühringer dankte zudem allen, die Menschen in ihrem Leid nicht allein lassen und sie begleiten, etwa in der Krisenintervention, im Hospiz- und Palliativbereich und in der Pflege.

In seinen Begrüßungsworten betonte Hausherr und Gastgeber Abt Ambros Ehart

vom Stift Kremsmünster, die Tatsache des Leidens bleibe unerklärlich und sei letztlich nicht zu verstehen, sondern zu bestehen - "im Blick auf das Kreuz und in der Hoffnung auf die Auferstehung". In offenen Worten schilderte Abt Ambros im Hinblick auf die Missbrauchsfälle im Stift Kremsmünster, dass das Leid von Menschen über Jahrzehnte nicht wahrgenommen worden sei. "Das Aufzeigen von Leid kann ein Beitrag sein, Geschehenem Raum zu geben und dadurch für die Zukunft zu lernen."

Der Rektor der Katholischen Privat-Universität Linz, Prof. Franz Gruber, bezeichnete die Frage nach dem Leid als eine der bedrängendsten Fragen der menschlichen Existenz. Religion, Kunst, Wissenschaft und Philosophie kämen an dieser Frage nicht vorbei. Dass es keine wirkliche Antwort darauf gebe, bedeute allerdings nicht, dass diese Frage nicht präsent bleiben müsse oder dass der Umgang mit Leidenden von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. "Es braucht ein Mitgehen in Empathie und Solidarität - und es muss immer gefragt werden, welches Leid gemildert oder verhindert werden kann", so der Linzer Dogmatiker.

"Menschsein heißt mitleiden können"

Der oberösterreichische evangelische Superintendent Gerold Lehner lud in seinen einfüh-

renden Worten zu einem Perspektivenwechsel ein. Bei der Leidfrage schein der Ausgangspunkt klar: Leid sei nicht gut, sei schmerzhaft, müsse überwunden werden. Es gebe jedoch Risse in dieser argumentativen Mauer, so Lehner. Warum sonst sei von einem "leidenschaftlichen Menschen" die Rede? In der Hingabe eines Menschen für eine Aufgabe oder für andere läge immer auch das Potenzial des Leidens. Die Fähigkeit, Leid zu empfinden und mitleiden, also empathisch zu sein, schein mit dem Menschsein unmittelbar zusammenzuhängen. "Leid gehört zum Leben", machte Lehner deutlich. In der christlichen Vorstellung von Gott, die sich in der Heiligen Schrift abbilde, sei Gott "ein leidensfähiger und leidender, weil liebesfähiger und liebender Gott".

Die Ökumenische Sommerakademie, zu der rund 350 Teilnehmer ins Stift Kremsmünster kamen, steht unter dem Motto "Warum Leid" und dauert noch bis 17. Juli. Die Sommerakademie wird von der Katholisch-Theologischen Privatuniversität (KTU) Linz, dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich, dem Evangelischen Bildungswerk, der Linzer Kirchenzeitung, dem Stift Kremsmünster, den Religionsabteilungen des ORF in Fernsehen und Hörfunk und dem Land Oberösterreich veranstaltet.

"Vinzi-Pfarrer": Mittel für Zivildienst aufstocken statt kürzen

Pucher in Offenem Brief an Mikl-Leitner: Ohne vollen Beitrag des Ministeriums Zivildienst für "VinziWerke" nicht mehr leistbar

Graz (KAP) Für eine Aufstockung und gegen die geplante Kürzung der Mittel für den Zivildienst hat sich am Wochenende die "Vinzenzgemeinschaft Eggenberg" ausgesprochen. Kürzungen hätten drastische Auswirkungen auf die "VinziWerke", "da wir unseren Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten können", so "Vinzi-Pfarrer" Wolfgang Pucher in einem Offenen Brief an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Ohne den vollen finanziellen Beitrag des Ministeriums für den Zivildienst sei dieser für die "VinziWerke" nicht mehr leistbar.

Zivildienner in Österreich leisteten großartige Arbeit, so Pucher: "Sie sind eine nicht wegdenkende Unterstützung für die Einrichtungen der 'VinziWerke', die hauptsächlich von Spenden und vielen Ehrenamtlichen leben." Für viele junge, engagierte Leute bedeuteten die Kürzungen eine unnötige Wartezeit. "Der Studienbeginn verschiebt sich, die Familienbeihilfe geht verloren und die Studienzeit wird dadurch verlängert."

Ordensspital startet Programm für künftig niedergelassene Ärzte

Im Rahmen des Programms "Schon fit für die Ordination" können Mediziner im Spital Schwarzach Erfahrungen sammeln

Salzburg (KAP) "Schon fit für die Ordination?" lautet das neue Programm, mit dem sich im Krankenhaus Schwarzach in Salzburg Ärzte vorbereiten und zusätzliche Erfahrung sammeln können, bevor sie eine eigene Praxis übernehmen oder selbst gründen. "Viele Mediziner in Österreich gehen ins benachbarte Ausland, weil zu wenig auf ihre Bedürfnisse - insbesondere einer guten klinischen Ausbildung - eingegangen wird", erklärt Bernd Gollackner, Ärztlicher Direktor im Krankenhaus Schwarzach.

Diesem Problem wolle man mit dem Programm entgegenwirken und den Ärzten vor ihrer Praxistätigkeit das Sammeln zusätzlicher Erfahrung im Schwarzacher Ordensspital ermöglichen. Damit könne auch die Zusammen-

arbeit mit den niedergelassenen Ärzten in der Region und die Qualität der künftigen Zuweiser zum Spital verbessert werden.

Die Mediziner können im Kardinal Schwarzenberg'schen Krankenhaus im ersten Jahr in Vollzeitstellung ein Modulsystem absolvieren und im zweiten Jahr dann neben ihrer Praxistätigkeit weitere Erfahrung im Spital sammeln: z.B. in der Zentralen Notaufnahme und Erstversorgung, im chirurgisch/ unfallchirurgischen Bereich. Weitere Ausbildungsschwerpunkte liegen in den Bereichen HNO und Kinderheilkunde, auf Wunsch können die Sekundärärzte auch in der Psychiatrie bzw. Neurologie mitarbeiten.

Niederösterreichische Ordensschule erhielt Umweltpreis

"Energy Globe Austria" an Höhere Lehranstalt für Umwelt und Wirtschaft des Stiftes Zwettl

St.Pölten (KAP) Der "Energy Globe Austria 2015" geht heuer in der Kategorie "Jugend" an eine niederösterreichische Ordensschule: Die Höhere Lehranstalt für Umwelt und Wirtschaft (HLUW) des Zisterzienserstiftes Zwettl mit Sitz in Yspertal konnte die Jury mit dem fix in der Ausbildung verankerten Unterrichtsprojekt "Abfallwirtschaftskonzept" überzeugen.

Der "Energy Globe Award" ist bereits der zweite Preis, den die HLUW in kurzer Zeit erhalten hat: 2013 konnten die Schüler den "Klimaschutzpreis" des Umweltministeriums ins Yspertal holen.

Die HLUW gibt auf ihrer Website an, ihr Bildungsziel als katholische Privatschule, die sich u.a. der Regel des Heiligen Benedikt ver-

pflichtet weiß, sei es, "die Mitwelt zu achten und zu schützen". Die intensive Erziehung zu ganzheitlicher Schöpfungsverantwortung werde groß geschrieben. Das beinhalte die Erhaltung der Lebensgrundlage für alle Geschöpfe weltweit. "Mehr helfen als herrschen hat bei uns höchste Priorität."

Der "Energy Globe Award" wurde 1999 vom österreichischen Energie-Pionier Wolfgang Neumann gegründet und ist heute ein weltweit renommierter Umweltpreis. Er zeichnet jährlich herausragende, nachhaltige Projekte mit Fokus auf Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energie aus. (Infos: www.hluwyspertal.ac.at)

102-jährige Ordensfrau feiert 80-Jahr-Professjubiläum

Sr. Adelgundis Delneri gehört der Provinz Österreich-Italien der Schulschwestern an

Wien (KAP) Ein bemerkenswertes Jubiläum konnten dieser Tage die Schulschwestern feiern: Die 102-jährige Ordensfrau Adelgundis Delneri beging ihr 80-jähriges Professjubiläum im Bei-

sein von Sr. Beatrix Mayrhofer, Präsidentin der Vereinigung von Frauenorden und Provinzleiterin der Schulschwestern. Noch vor dem Ersten Weltkrieg, im Jahr 1913, wurde Sr. Adelgundis

geboren. Einige Jahre vor dem 2. Weltkrieg trat sie in die Gemeinschaft der Armen Schulschwestern ein. Sie studierte in Rom Kunst und wirkte lange Jahre als Kunsterzieherin und Malerin, teilten die Ordensgemeinschaften auf ihrer Website mit. Die Jubilarin lebt derzeit in der Gemeinschaft der Schulschwestern in Gorizia in Italien.

Österreich und Italien bilden gemeinsam eine Provinz mit rund 60 Schwestern in sieben Niederlassungen. Provinzsitz ist Wien.

Die Armen Schulschwestern wurden 1833 von der Lehrerin Karolina Gerhardinger (1797-1879) im Oberpfälzer Ort Neunburg vorm Wald gegründet, damals als Reaktion auf den Bildungsnotstand in Deutschland. Beim Mutterhaus im ehemaligen Klarissenkloster am Anger in München entstand die erste Lehrerinnenbildungsanstalt Bayerns, weitere Schulgründungen und Waisenhäuser in anderen Niederlassungen folgten. 1834 erhielt die Kongregation die Anerkennung des Bischofs, 1854 jene des Papstes.

Nach Österreich kamen die Schwestern 1853 mit einer ersten Niederlassung in Freistadt (Mühlviertel), wo der Orden auch heute noch die

Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe führt, gefolgt von Traunkirchen am Traunsee (1858) und Wien (1860). Die Freistädter Schule ist gemeinsam mit dem Wiener Schulzentrum Friesgasse und der ebenfalls vom Orden geführte Volksschule Kritzendorf bei Klosterneuburg Teil des "Schulverbundes SSND Österreich". SSND steht dabei für das Ordenskürzel in seiner englischen Bezeichnung: "School Sisters of Notre Dame".

Noch während der Lebenszeit Gehardingers, die den Ordensnamen Maria Theresia von Jesu annahm und die hinter dem bis heute verbreiteten Beinamen des Ordens ("Gerhardinger-Schwestern") steckt, verbreitete sich die Kongregation in 11 Ländern in Europa und Amerika. Nach ihrem Tod waren bereits über 2.500 Schulschwestern in Volksschulen, Waisenhäusern, Tagesheimstätten und Kindergärten tätig. Heute sind rund 3.600 Schwestern des Ordens im Bereich Erziehung und Bildung tätig. Das Generalatshaus befindet sich seit 1957 in Rom. (Info: www.ordensgemeinschaften.at)

Leitung der Halleiner Schwestern Franziskanerinnen bestätigt

Sr. Emanuela Resch erneut zur Generaloberin gewählt

Salzburg (KAP) Die Ordensgemeinschaft der Halleiner Schwestern Franziskanerinnen hat ihre Generaloberin Sr. Emanuela Resch im Amt bestätigt. Beim jüngsten Generalkapitel, das von 13. bis 17. Juli im Generalat Oberalm tagte, wurde Resch für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt. Auch Sr. Adele Fercher wurde als amtierende Generalvikarin für die zweite Amtsperiode durch die Wahl bestätigt. Das Generalkapitel der Gemeinschaft findet alle sechs Jahre statt.

Die Halleiner Schwestern (Kongregation der Schulschwestern vom Dritten Orden des hl. Franziskus) arbeiten in der Seelsorge, der Alten- und Krankenpastoral und im Hospizbereich. In

Oberalm, Hallein, Salzburg, Vigaun, Abtenau, St. Johann und Altenmarkt bieten sie geistliche Oasen als spirituelle Tankstellen an. Die Schwestern führen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen in Hallein, eine Schule in St. Johann im Pongau und ein Seniorenheim in Oberalm. Seit 1934 sind die Schwestern auch in Bolivien und seit 1945 in Argentinien tätig. Derzeit wirken rund 70 Halleiner Schwestern in Österreich, knapp 40 in Südamerika.

Das Mutterhaus der Halleiner Schwestern befand sich von 1948 bis 2012 in der Emsburg in Salzburg, 2013 wurde das neue Mutterhaus in Oberalm bei Salzburg bezogen.

Sommerschluss: Wer billig kauft, kauft unfair

"Clean Clothes"-Kampagne macht auf niedrige Löhne von Textil-Arbeiterinnen aufmerksam

Wien (KAP) Zum Sommerschlussverkauf hat die "Clean Clothes"-Kampagne auf "mangelhafte" Bekleidung aufmerksam gemacht. Konsumenten

können über die neue "Living Wage Defect"-Website ihre Bekleidung symbolisch wegen unzureichender Löhne an Mode-Unternehmen zu-

rückschicken und damit ein Zeichen für Existenzsicherung in der Bekleidungsindustrie setzen. Sowohl in asiatischen als auch in europäischen Fabriken, in denen Bekleidung für den internationalen Markt hergestellt wird, werden die Arbeiterinnen mit "Hungerlöhnen ab gespeist", kritisiert "Clean Clothes" in einer Aussendung am 17. Juli. Getragen wird die Kampagne von einem Zusammenschluss von entwicklungspolitischen NGO, darunter die Katholische Frauenbewegung und "Jugend eine Welt".

"In den Produktionsländern unserer Bekleidung sind die Mindestlöhne so niedrig angesetzt, dass die Arbeiter in einem Leben in Armut gefangen bleiben und auch ihren Kindern keine bessere Zukunft bieten können", so die Aussendung weiter. Die Bekleidungsindustrie verspreche seit Jahren existenzsichernde Löhne in ihrer Zulieferkette sicherzustellen, "aber wir haben noch keine Verbesserungen für die Arbeiterinnen und Arbeiter feststellen können".

Ein existenzsichernder Lohn sei ein Menschenrecht und sollte an Näherinnen für eine normale Arbeitswoche, also ohne Überstunden und Bonuszahlungen ausbezahlt werden. Die Realität sehe für den Großteil der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie anders aus. Eine Näherin in Bangladesch müsse derzeit 22 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche fürs Überleben arbeiten, hieß es in der Aussendung. In den meisten Produktionsländern verdienen die Näherinnen nur 20 bis 30 Prozent eines existenzsichernden Lohnes.

In den letzten zwei Jahren haben mehr als 110.000 Europäer die Petition der "Clean Clothes"-Kampagne für existenzsichernde Löhne unterschrieben. Diese wird heuer im Oktober im Rahmen des "Living Wage Now"-Forums von 12. bis 14. Oktober 2015 in Brüssel an Unternehmen und politische Entscheidungsträger übergeben.

Kräutler: Einsatz für Arme auch nach altersbedingtem Rückzug

Austro-brasilianischer Bischof weilt anlässlich seines goldenen Priesterjubiläums in Salzburg

Salzburg (KAP) Bischof Erwin Kräutler will trotz seines absehbaren altersbedingten Rückzugs von der Leitung der flächenmäßig größten Diözese Brasiliens, Altamira-Xingu, weiterhin in Brasilien leben und sich in den Dienst der Armen stellen. "Solange mir Gott den Atem schenkt, werde ich mich einsetzen", teilte der aus Vorarlberg stammende Bischof, der sich derzeit anlässlich seines goldenen Priesterjubiläums in Salzburg aufhält, in einem Pressegespräch am 5. Juli mit. Seine Diözese wird "Dom Erwin", der am 12. Juli seinen 76. Geburtstag feiert, in nächster Zukunft an einen Nachfolger übergeben, kündigte er an.

Große Bedeutung schreibt der Bischof der neuen Enzyklika von Papst Franziskus zu, die er als "bahnbrechend" bezeichnet. Er selbst konnte dem Papst in einer Audienz im April 2014 ausführlich über die Anliegen der Indios und des Amazonien-Regenwaldes berichten, woraufhin Franziskus Impulse Kräutlers in sein Lehrschreiben aufnahm. Die Umweltenzyklika "Laudato si" sei "mit einer Entschiedenheit und unmissverständlich" verfasst, lobte Kräutler.

Mit dem "Juwel" Salzburg - "die schönste Stadt die ich kenne" - fühle er sich sehr verbunden, so Kräutler. Dies betonte er auch in seiner

Predigt bei der Priesterjubiläumsfeier am 5. Juli im Salzburger Dom: "Ein halbes Jahrhundert ist es her, als wir hier, an dieser Stelle, von Erzbischof Andreas Rohrer die Priesterweihe erhalten haben. Hier hat alles begonnen." Für ihn sei es ein "erhebender Augenblick", hier nach 50 Jahren einer Eucharistiefeier vorzustehen.

Propheten müssen auch "So nicht!" sagen

In Bezug auf die Lesungstexte betonte Kräutler im Rahmen einer Festmesse anlässlich seines goldenen Priesterjubiläums am 5. Juli im Salzburger Dom, dass Prophetentum auch heute darin bestünde, den Mut zur Verkündigung des Evangeliums zu haben, es bedeute "aber auch den Auftrag zu sagen: So nicht, das ist nicht im Sinne Gottes!". Weiters brauche es "Zimmerleute, die Fenster und Türen öffnen und auf die Menschen zugehen", so der austro-brasilianische Bischof. Im Anschluss an seine Predigt und während des Auszuges applaudierten die begeisterten Gottesdienstbesucher im Dom.

Im Rahmen eines Festaktes an der Universität Salzburg wurde Bischof Kräutler am 5.

Juli mit dem Ehrenzeichen des Landes Salzburg geehrt.

Erwin Kräutler, geboren 1939 in Koblach (Vorarlberg), trat nach seiner Gymnasialzeit 1958 in den Orden der Missionare vom Kostbaren Blut ein und studierte in der Folge Theologie und Philosophie in Salzburg und wurde dort am 3. Juli 1965 zum Priester geweiht. Im November desselben Jahres übersiedelte Kräutler

nach Brasilien, wirkte dort in Mission, Seelsorge, als Pfarrer und im Unterricht, bis er am 25. Jänner 1981 zum Bischof geweiht wurde. Der Oberhirte der Diözese Altamira-Xingu ist bekannt für seinen Einsatz gegen politische, soziale und wirtschaftliche Missstände. Kräutler ist Träger zahlreicher Preise und Ehrungen, 2010 wurde er mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

A L S V O R S C H A U G E L A U F E N

Klöster laden zur "Langen Nacht der Klostersgärten"

Von Juli bis August können Besucher im Rahmen spezieller Veranstaltungen die abendlichen Klostersgärten im Mondschein erleben

Wien (KAP) Österreichs Klöster und Stifte laden im Juli und August zu den "Langen Nächten der Klostersgärten" ein. Insbesondere während den Vollmondnächten am 31. Juli und 29. August können Besucher die abendlichen Klostersgärten im Mondschein erleben.

Das Kloster Wernberg bei Villach lädt am 31. Juli von 19:30 bis 22 Uhr zur "Langen Nacht der Klostersgärten" unter dem Motto "Natur- und Klosterküche aus und im Garten". Die Marienschwestern vom Karmel leiten eine "Vollmondkräuterwanderung", bei der heimische Räucherstoffe von Wiesen, Wald und Feld gesammelt und Tipps zur richtigen Verwendung gegeben werden. Am 29. August laden die Marienschwestern vom Karmel in Oberösterreich von 19:30 Uhr bis 22 Uhr zur "Vollmondkräuterwanderung".

Das Stift St. Lambrecht hat seine Lange Nacht am 14. August von 18 bis 24 Uhr. Das Programm beginnt mit einem Platzkonzert der "Bauernkapelle Althofen" gefolgt vom Trio "Klarimonimusi". Der Wiener Soziologe Roland Girtler gibt anschließenden Einblicke in das Thema "Tafelfreuden - Essen und Trinken als Lebenssymbolik". Für Kinder gibt es ein eigenes Programm, Haubenkoch Gerhad Gutt hat Spezialitäten ausgewählt, die verkostet werden können.

Sommerliche Gaumenfreuden und sinnliche Gartenerlebnisse werden im Stift Altenburg am 31. Juli geboten: Eine Kräuterführung durch den Apothekergarten und eine Führung durch den Garten der Religionen bringen

die Inhalte der Stiftsgärten näher. Das Gartenmenü im Sitftsrestaurant und ein abschließender Spaziergang über die Altane zum mittelalterlichen Kreuzganggarten bilden den Abschluss einer sommerlichen Gartennacht. Altane, Schöpfungsgarten und Kreuzganggarten sind bis 22 Uhr geöffnet.

Die Klosternacht im Stift Seitenstetten steht am 31. Juli unter dem Motto "Carpe Noctem - Genieße die Nacht". Mit Saxophon und Streichensemble, mit Harfen- und Klarinettenmusik und weiteren Klangerlebnissen wird im Historischen Hofgarten des Stiftes der Vollmond begrüßt. Das Warten auf den Vollmond verkürzen Gastronomen bei Rosensekt und Picknick im nächtlichen Garten. Zwischen Sonnenuntergang und Mitternacht wird der Garten mit Kerzen und Feuerschalen, Fackeln und Windlichtern stimmungsvoll beleuchtet sein. Im Stiftsmeierhof kann der Abend ab 18 Uhr bei einem romantischen Mondmenü begonnen werden.

Im Stift Zwettl beginnt die Lange Nacht am 31. Juli um 20 Uhr unter dem Motto "In Paradisum". Matthias Loibner und die Wiener Choralchola präsentieren Musik aus dem Mittelalter. Die Vollmondnacht am 29. August wird im Stift Geras zu einer besonderen Nacht. Dort wandelt Kräuterpfarrer Benedikt mit den Gästen durch den nächtlichen Kräutergarten und informiert über die einzelnen Kräuter. Abschließend folgt eine Agape im Kräutergarten. Treffpunkt ist beim Klosterladen des Stiftes um 20 Uhr. (Infos: www.kloesterreich.at, www.facebook.com/kloesterreich).

In Paraguay trifft Franziskus auf massive Umweltzerstörung

Der Jesuiten-Papst Franziskus wird bei seinem Besuch in Paraguay wohl auch auf die missionarischen Verdienste des Jesuitenordens in dem Land eingehen - Korrespondentenbericht von Tobias Käufer und Franz Morawitz

Asuncion (KAP) Keine populären Linkspolitiker, sondern ein milliardenschwerer Unternehmer begrüßt Papst Franziskus am 10. Juli in Paraguay. Horacio Cartes ist im Gegensatz zu Ecuadors Präsident Rafael Correa und Boliviens Staatsoberhaupt Evo Morales ein klarer Verfechter der Marktwirtschaft. Das katholische Kirchenoberhaupt bekommt so bei seinem Dreiländer-Besuch in Lateinamerika die ganze Palette von wirtschaftlicher Diversität des Kontinents geboten.

Die Probleme in Paraguay sind aber trotzdem die gleichen wie in Ecuador und in Bolivien. Auch in Paraguay stehen Umweltschützer oft auf verlorenem Posten, ist die Armut ein zentrales Thema. Indigene Völker stehen beim Kampf um ihre Rechte oft allein da. All das muss der Papst in seinem kurzen Programm berücksichtigen.

Die Umweltzerstörung durch Abholzung in Waldgebieten, in denen indigene Völker leben, zog zuletzt Medieninteresse auf sich. Betroffenen von den Rodungsarbeiten mehrerer großer Agrar-Unternehmen, die Soja-Monokulturen anlegen, ist vor allem die indigene Volksgruppe der Ayoreo, die im Chaco im Nordwesten Paraguays lebt.

Für Maximiliano Mendieta, Anwalt der indigenen Gemeinschaft der Cuyabía, zu der auch die Ayoreo zählen, verletzen die Abholzungen die Umweltgesetze - die einen Schutz von 25 Prozent der vorhandenen Waldfläche als Rückzugsgebiete vorsehen. Das Thema ist eigentlich wie geschaffen für Franziskus, um seine jüngsten Umwelt-Enzyklika anhand eines konkreten Beispiels zu erklären.

Es wäre ein Zeichen, das vor allem die Vertreter der Verbände von indigenen Bevölkerungsgruppen und Kleinbauern besänftigen würde. Sie beklagten jüngst, weder die Kirche noch die Regierung habe ihre Anliegen im Programm der Papstreise genügend gewürdigt. Das überrascht, immerhin ist ein zentraler Punkt der Besuch des Elendsviertel "Banado Norte" am Rand der Hauptstadt. Die schwächsten Gruppen der Bevölkerung würden ausgeschlossen, be-

klagte dennoch der Sprecher der Nationalen Kleinbauern-Organisation, Luis Aguayo. Ihre Aufgabe sei es lediglich, Stühle zu wärmen. Zu einem Gespräch mit dem Papst werde es dagegen nicht kommen, kommentierte Aguayo verbittert.

Ob einer der Stühle von Ex-Präsident und Ex-Bischof Fernando Lugo gewärmt wird, war bis zuletzt unsicher. Lugo war bis 2005 katholischer Bischof von San Pedro und seit 2008 Staatspräsident Paraguays. Für Aufsehen erregte schon 2009 sein Eingeständnis, dass er Vater eines zweijährigen Bubens ist. Die Mutter ist 34 jünger als Lugo.

Danach kamen andere Troubles. Im Juni 2012 beendete schließlich der Senat Lugos Amtszeit vorzeitig, nachdem die Abgeordnetenkammer eine Amtsenthebungsklage eingereicht hatte. Begründet wurde sie mit einer mangelhaften Ausübung seines Amtes in Zusammenhang mit Bauernprotesten, bei denen es mehrere Tote gab. Mittlerweile spielt Lugo als Senator aber wieder eine gewichtige politische Rolle.

Erinnerung an Missionssiedlungen

Der Jesuiten-Papst Franziskus wird bei seinem Besuch in Paraguay wohl auch auf die missionarischen Verdienste des Jesuitenordens in dem südamerikanischen Land eingehen. Paraguay war im 17./18. Jahrhundert Kernland der früheren sogenannten Jesuiten-Reduktionen. Doch die Missionssiedlungen seines Ordens gingen ab 1756 in einem Blutbad der Kolonialarmeen unter.

Die ersten Vertreter der Jesuiten kamen bereits 1549 nach Südamerika - nur neun Jahre nach Gründung des Ordens. Die Anlagen ihrer ersten "Reduktionen" folgten einem festen Muster. Eine Kirche mit Pfarrhaus, Verwaltungsgebäude und Hauptplatz bildeten das Zentrum. An den drei freien Seiten des Hauptplatzes erstreckten sich die langen Wohnhäuser der Indios. Der Stadtrat wurde einmal pro Jahr gewählt.

Die Reduktionen genossen anfangs den besonderen Schutz der spanischen Krone. Ihre Schutzfunktion lag hauptsächlich in der strikten

Trennung von Eingeborenen und Europäern. So sollte vermieden werden, dass sich die Indios ein wirkliches Bild von den wenig vorbildlichen christlichen Kolonialisten machen konnten. Dank großer Missionarspersönlichkeiten erlebten die Reduktionen im Gebiet der Guarani am Rio Paraguay und am Rio Parana eine besondere geistliche und kulturelle Blüte.

Papst Franziskus erhält am 10. Juli im Präsidentensitz-Garten eine Kostprobe des kulturellen Schaffens der Guarani-Missionare. Ein Orchester wird Werke der Paraguay-Jesuiten des 17./18. Jahrhunderts zur Aufführung bringen.

Kampf gegen die Jesuiten

Nach der Abtretung großer jesuitischer Guarani-Gebiete an Portugal im Vertrag von Madrid (1750) begann auch der Kampf gegen den Orden. Ministerpräsident Sebastiao Jose de Carvalho e Mello (Marquis de Pombal) ließ eine Kampfschrift verfassen, in der den Jesuiten unterstellt wurde, in ihren Missionsstationen Kanonen gegen Portugal installiert zu haben. Viele Jesuiten wurden daraufhin nach Portugal ausgewiesen.

Weil die Verantwortlichen in den Reduktionen keine Anstalten machten, ihre Posten zu räumen, gab es im Februar 1752 eine Krisensitzung in Buenos Aires. Anwesend waren die Kommissare des spanischen Königs, Portugals und der Jesuiten. Der von Zeitzeugen als eiskalt beschriebene Lope Luis Altamirano zählt zu den umstrittensten Persönlichkeiten in der Geschichte des Jesuitenordens. Er drohte allen Missionaren, die dem Räumungsbefehl nicht auf der Stelle Folge leisten, mit Haft, dem Verlust ihres Priesteramtes oder mit Exkommunikation.

Die Übermittlung des Befehls in die einzelnen Missionen zog sich freilich über Monate hin. Als Altamirano schließlich im September 1752 in der zur Räumung anstehenden Reduk-

tion Santo Tome eintraf, brach dort eine offene Rebellion aus. Nur mit Mühe konnte er vor den aufgebrachtten Indios in Sicherheit gebracht werden.

Die Aufstände der Guarani breiteten sich rapid aus, und die Missionare selbst lehnten die Räumung weiter ab. Die Guarani erklärten förmlich, sie seien zum Krieg entschlossen. Der Angriff der spanisch-portugiesischen Streitmacht erfolgte am 15. Juli 1754 und endete mit einem schnellen Sieg der Guarani, die dem Feind noch vor der Schlacht durch List 70 Pferde entreißen konnten. Die Kolonialtruppen zogen sich zurück; die Guarani triumphierten. Noch ein weiteres Jahr verblieb ihnen in den Reduktionen.

Doch die Spanier und Portugiesen stellten eine neue Armee zusammen, wie sie in dieser Größe im gesamten Indianergebiet noch nie zum Einsatz gekommen war. Am 7. Februar 1756 begann der Feldzug. Mehr als 6.000 Indios wurden niedergemetzelt.

Im September 1756 war die Hälfte der Reduktionen-Bevölkerung tot oder geflüchtet. Als Bestrafung für den Ungehorsam ließ Pombal 1759 die Güter der Jesuiten beschlagnahmen und die Ordensmitglieder aus Portugal und seinen überseeischen Besitzungen vertreiben. 1767 folgte auch Spaniens König Carlos III. 30 Reduktionen mit mehr als 100.000 Indianern waren somit schutzlos der Habgier der Abenteurer preisgegeben.

Papst Clemens XIV., erschöpft von seinen jahrelangen Querelen mit Portugiesen und Bourbonen, besiegelte im Juni 1773 die Aufhebung der Jesuiten. Darauf hatten die Gegner des Ordens seit langem hin gearbeitet.

Weitere Beiträge und Hintergrundberichte zur Papstreise finden sie im "Kathpress"-Themenschwerpunkt unter der web-adresse www.kathpress.at/papstinsuedamerika

Radiogottesdienst aus Zisterzienser-Abtei Mehrerau

Messe steht auch im Zeichen der Bregener Festspiele, die am 22. Juli eröffnet werden

Feldkirch (KAP) Die ORF-Regionalradios übertragen am kommenden Sonntag, 19. Juli, um 10 Uhr den Gottesdienst aus der Zisterzienser-Abtei Mehrerau in Vorarlberg. Mit der Gemeinde feiert der Abt des Zisterzienserklosters, Anselm van der Linde.

Die Messe steht auch im Zeichen der Bregener Festspiele, die am 22. Juli eröffnet werden. An der musikalischen Gestaltung des Radiogottesdienstes mit der "Messe in G-Dur" von Franz Schubert wirken Sänger des Kornmarkt Chors, das Symphonieorchester Vorarlberg, die Choral-

schola der Gregorianik-Workshops in der Abtei Mehrerau sowie der Kinderchor Turandot der Musikmittelschule Bregenz-Stadt mit. Die musikalische Leitung obliegt Wolfgang Schwendinger.

Die Abtei Mehrerau am östlichen Teil des Bodensees ist vom frühen Mittelalter bis in die heutigen Tage eine der bedeutendsten Kulturstätten Vorarlbergs. Sie ist eine Gründung des Grafen Ulrich X., auch Udalrich, und hat eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich: Im 11.

Jahrhundert besiedelten Benediktiner das Kloster und blieben bis 1805 trotz zahlreicher Zerstörungen und Plünderungen. Nach der Aufhebung der Benediktinerabtei 1806 durch die bayrische Regierung wurden die Klostergebäude ein halbes Jahrhundert lang als Fabrik, Kaserne und Druckerei zweckentfremdet. Die ehemalige barocke Klosterkirche wurde abgerissen. 1850 wurde das Kloster zur Zuflucht der Zisterzienser des Klosters Wettingen. Das Kloster heißt daher noch heute Konvent von Wettingen-Mehrerau.

Jahr der Orden: Die Woche vom 19. bis 25. Juli

Wien (KAP) Zum "Jahr der Orden 2015" haben die Ordensgemeinschaften in Österreich erstmals einen "Ordenskalender" mit den wichtigsten Festen und Gedenktagen aller 200 in Österreich tätigen Orden herausgegeben. "Kathpress" fasst wöchentlich die wichtigsten anstehenden Ordensfeste mit Basisinformationen zu den einzelnen Orden zusammen. Ausführlichere Infos zu den einzelnen Gemeinschaften sind unter www.kathpress.at/jahrderorden abrufbar.

Am 19. Juli begeht die Katholische Kirche das "Hochfest des Heiligsten Erlösers". dieses ist das Titularfest der Redemptoristen und der Missionsschwestern vom Heiligsten Erlöser. Die Redemptoristen ("Kongregation des Heiligsten Erlösers") gehören zu den größten Männerorden der katholischen Kirche mit knapp 5.800 Patres, Brüder und Studenten. In Österreich haben die Redemptoristen Klöster in Wien-Maria am Gestade, Hernals, Eggenburg, Puchheim (OÖ) und Innsbruck. Anfang 2015 hat sich der Orden in Österreich und Süddeutschland zu einer gemeinsamen Provinz "Wien-München" mit Sitz in München zusammengeschlossen. In der Provinz "Wien-München" wirken rund 110 Patres und Brüder. (Infos: www.redemptoristen.at)

Die Gemeinschaft der Missionsschwestern vom Heiligsten Erlöser wurde 1957 in Gars am Inn (Bayern) von Redemptoristen gegründet und 1989 kirchlich approbiert. Die Schwestern sind in unterschiedlichsten Tätigkeitsfelder im Sozial- und Pastoralbereich engagiert. Seit 1985 sind Schwestern in Österreich tätig, die erste österreichische Niederlassung wurde 1986 gegründet. Das Eltern-Kind-Heim "Haus Sarepta" für Familien in Krisensituationen in Wien be-

steht seit 1992. Die österreichischen Niederlassungen (Wien und Attnang-Puchheim) gehören zur deutsch-österreichischen Region des Ordens mit Sitz in Stadl bei Gars am Inn in Bayern. (Infos: www.missionsschwestern.de)

Die Kapuziner in Österreich und Südtirol gedenken am 21. Juli ihres Patrons, des Hl. Laurentius von Brindisi (1559-1619). Er begründete um 1600 Niederlassungen des Ordens in Wien, Graz und Bruck an der Mur. Die Kapuziner, entstanden 1528 als franziskanischer Reformorden, verbindet karitatives Engagement und Seelsorge mit einem klösterlichen Eremitenleben. Die Mitglieder des Ordens, dessen Name sich von der Kapuze des Franziskanerhabits ableitet, waren in der Geschichte als Krankenpfleger in Pestepidemien, als Einsiedler, Prediger, Bettelbrüder, Beichtväter und Missionare bekannt, wobei heute auch etliche Pfarren von Kapuzinern betreut werden. Weltweit gibt es rund 11.000 Kapuzinerbrüder, deren Klöster in Österreich und Südtirol seit 2011 in einer gemeinsamen Ordensprovinz zusammengeschlossen sind. In dieser Provinz leben und arbeiten in 20 Niederlassungen rund 120 Kapuziner. Daneben wirken hierzu-lande auch Kapuziner der Provinz Krakau. (Infos: www.kapuziner.org)

Am 24. Juli gedenken die Schwestern Unserer Lieben Frau von China ihres Gründers Thomas Tien Ken-sin (1890-1967). Der Kardinal und Erzbischof von Peking, der dem Orden der Steyler Missionare angehörte, gründete die Kongregation mit franziskanischer Spiritualität 1940. 1952 flüchteten die die Schwestern nach Taiwan. Seit 1992 besteht eine Niederlassung in Graz. Die Schwestern sind in der Alten- und

Krankenpflege, sowie in der Begleitung von Menschen bei Besinnungs- und Einkehrtagen en-

gagiert. (www.ourladyofchina.org.au)

Jahr der Orden: Die Woche vom 12. bis 18. Juli

Wien (KAP) Zum "Jahr der Orden 2015" haben die Ordensgemeinschaften in Österreich erstmals einen "Ordenskalender" mit den wichtigsten Festen und Gedenktagen aller 200 in Österreich tätigen Orden herausgegeben. "Kathpress" fasst wöchentlich die wichtigsten anstehenden Ordensfeste mit Basisinformationen zu den einzelnen Orden zusammen. Ausführlichere Infos zu den einzelnen Gemeinschaften sind unter www.kathpress.at/jahrderorden abrufbar.

Die Schwesterngemeinschaft "Regulierte Tertiärinnen der Franziskaner" feiert am 13. Juli ihre Gründerin, die Selige Angelina Marsciano (1377-1435). Marsciano ging als "Tertiärin der Franziskaner" ins Kloster und gründete 1395 die "Regulierten Tertiärinnen der Franziskaner". Zunächst erbaute sie das Kloster in Foligno (Italien), dann 19 weitere Klöster, denen sie ab 1428 als Generaloberin vorstand. Angelina starb am 4. Juli 1435 in Foligno. Die Vereinigung der Franziskaner-Tertiärin wurde von Papst Martin V. 1421 anerkannt und von Papst Leo X. 1521 als Ordensgemeinschaft bestätigt. Am 8. März 1825 wurde Angelina selig gesprochen.

Die Selige gilt auch als zweite Gründerin der Kapuzinerinnen von der Ewigen Anbetung, die ihren Sitz im Loretokloster in Salzburg haben. Sie leben und beten dort seit dem 17. Jahrhundert. Um 1650 fand das Gnadenreiche Loreto Kindl seinen Platz in der Klosterkirche: eine neun Zentimeter große, geschnitzte Elfenbeinfigur in kostbarem edelsteinbesetztem Gewand. Bis heute wird das Kindl zu bestimmten Festzeiten ausgesetzt und von vielen Gläubigen verehrt. Die Schwestern leben zurückgezogen und widmen sich vor allem dem Gebet.

Der 13. Juli gilt auch als Gedenktag des Heiligen Kaiserpaars Heinrich und Kunigunde, die als Wohltäter des Stiftes Nonnberg beschrieben werden. Die Salzburger Benediktinerinnenabtei ist das weltweit älteste christliche Frauenkloster mit ununterbrochener Tradition. Lange gehörte auch das Nonntal und der gesamte Raum zwischen Salzach und Leopoldskron zum Kloster und der Eintritt war allein

adeligen Frauen vorbehalten. Neben den inner-klosterlichen Tätigkeiten, wie beispielsweise Hauswirtschaft, Bibliothek und Archiv, betreiben die Nonnen heute eine Keramikwerkstätte, ein Gästehaus und die biologisch geführte Landwirtschaft im Erentrudishof.

Der Orden der Kamillianer begeht am 14. Juli den Tag seines Gründers, des Heiligen Kamillus von Lellis (1550-1614), der den Krankenpflegeorden 1591 gründete. Zu ihren Aufgaben zählen Krankenhaus- und Altersheimseelsorge, Krankenpflege, Lebens- und Sterbebegleitung, Behinderten- und Sozialarbeit sowie Gesundheitsdienste in den Entwicklungsländern. Heute unterhält der Orden weltweit Krankenhäuser und Gesundheitsstationen, Lepradörfer und AIDSzentren, aber auch Ausbildungsinstitute und Universitäten für Ärzte und Mitarbeiter im Gesundheitsdienst. Der Orden umfasst rund 1.200 Mitglieder, davon 670 Priester, 131 Brüder, 66 Novizen und 280 in Ausbildung stehende Männer. Hinzu kommen 574 junge Männer, die sich in irgendeiner Form auf den Ordenseintritt vorbereiten. Generaloberer ist seit dem 15. Mai 2007 Pater Renato Salvatore.

In Österreich feierte der Orden im Jahr 2006 gerade sein 100. Jubiläum. Am Anfang stand die Krankenseelsorge im 1904 gegründeten Altersheim Lainz (heute Geriatriezentrum am Wienerwald) - mit 5.000 Plätzen damals das größte Altersheim auf dem europäischen Kontinent. Bald kam die Seelsorge in fast allen Wiener Krankenanstalten hinzu. Zeitweise übten die Ordensmänner mit dem markanten roten Kreuz auf dem Ordensgewand in 18 Wiener Spitälern die Krankenseelsorge aus. Zentren des Ordens in Österreich sind Wien und Salzburg, wo Kamillianer noch heute im Aufbau und in der Organisation der Krankenseelsorge arbeiten. Zum Zusammenschluss Österreich-Ungarn gehören 17 Priester, 4 Scholastiker (Studenten) und 3 Novizen.

Am 15. Juli gedenkt die Kirche des berühmten Franziskaner-Heiligen Bonaventura. 1221 in Bagnoregio bei Viterbo geboren wurde er später zu einem der bedeutendsten Philoso-

phen und Theologen der Scholastik, Generalminister der Franziskaner und Kardinal von Albano. Er leitete den Franziskanerorden 17 Jahre lang bis zu seinem Tod und gilt wegen seines Organisationstalents als dessen zweiter Stifter. 1273 ernannte ihn Gregor X. zum Kardinalbischof von Albano und übertrug ihm die Vorbereitung des Zweiten Konzils von Lyon, das die Unionsverhandlungen mit der griechisch-orthodoxen Kirche zum Abschluss bringen sollte. Er wurde 1482 durch Sixtus IV. Heiliggesprochen und 1588 durch Sixtus V. als Doctor seraphicus zum Kirchenlehrer erklärt. Auf den Tag fällt auch das Fest der gesammelten franziskanischen Orden.

Der 16. Juli gilt den Karmelitenorden als Hochfest und als Tag "Unserer Lieben Frau vom Berge Karmel". Die Karmeliten und Karmelitin-
nen sind eine weltweite Ordensgemeinschaft, die sich intensives Gebetsleben, Erziehung und Hilfe zum geistlichen Leben auf die Fahnen geheftet haben. Über 4.000 Karmeliten leben heute in über 500 Niederlassungen in 82 Ländern, sowie 11.600 Karmelittinnen in 823 Klöstern in 89 Ländern. In der Österreichischen Provinz des Teresianischen Karmels gibt es elf Schwesternklöster, vier Brüderklöster sowie zwei karmelitane Schwesternkongregationen.

Am 17. Juli feiern Stift und Stadt Melk ihren Patron, den Hl. Koloman. Seit nunmehr 925 Jahren leben im niederösterreichischen Melk Mönche nach der Regel des heiligen Benedikt. Markgraf Leopold II. gründete das Stift am Tor zur Wachau am 21. März 1089, seither sind dort in ununterbrochener Folge Benediktiner

auf dem Felsen oberhalb der Stadt Melk und der Donau präsent; derzeit leben rund 30 Mönche im prachtvollen Barockkloster von Jakob Prandtauer, das zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Neben den immer neuen Herausforderungen sind für die Ordensmänner im wesentlichen zwei historisch gewachsene Aufgaben vorrangig: die Arbeit im Unterricht und die Pfarrseelsorge. Rund 920 Schüler werden im Stiftsgymnasium - der ältesten noch bestehenden Schule Österreichs - unterrichtet, 23 Pfarren vom Stift aus seelsorglich betreut.

Der 17. Juli gilt auch als Gründungstag der Linzer Elisabethinen (1745). Von Ernestine von Sternegg, einer Hofapothekerstochter aus Wien, 1745 gegründet, wohnen heute 42 Schwestern im Konvent. Am 17. Juli 1745 traf Ernestine von Sternegg mit drei Schwestern des Wiener Konvents in Linz ein. 1752 trat Anna von Baumbach, Sr. M. Josefa, ins Kloster ein. Mit ihrem Vermögen konnte die Kirche und das Kloster vollendet werden. Sie ist die 2. Stifterin des Linzer Klosters. Aus dem ersten Krankensaal mit sechs Betten ist bis dato ein Krankenhaus mit knapp 500 Betten gewachsen, das im Jahr 1926 das Öffentlichkeitsrecht erlangt hatte. Diese Entwicklung zeigt deutlich, die weit zurückreichende enge Verbindung von Konvent und Krankenhaus. Im Jahr 2007 erfolgte der Zusammenschluss mit den Elisabethinen Wien, wo aktuell sieben Schwestern im Konvent leben. Am Freinberg, nahe Linz, steht uns Schwestern ein eigenes Erholungs- und Exerzitienheim zur Verfügung.

A U S L A N D

Irak: Ordensfrau übt heftige Kritik am Westen

Sr. Hatune Dogan hilft vor den IS-Terroristen geflohenen christlichen und jesidischen Frauen und Mädchen in Kurdistan - "Unzählige Frauen und Mädchen entführt, missbraucht, brutal vergewaltigt und dann verkauft" - "Amerika und Westeuropa tun fast nichts" - Irak-Schwerpunkt bei "Fachtagung Weltkirche" in Stift Lambach

Bonn (KAP) Heftige Kritik am Westen hat die türkisch-stämmige Ordensschwester Hatune Dogan geübt, die sich um christliche und jesidische Flüchtlinge im Irak annimmt. In einem Interview für die aktuelle Ausgabe des "PUR"-Magazins berichtete sie von unzähligen Mädchen und

Frauen, Christinnen und Jesidi, die von den IS-Terroristen entführt, missbraucht und brutal vergewaltigt wurden. Sr. Hatune: "Die jüngste von ihnen war fünfeinhalb Jahre alt. Vielen von ihnen wurden die Schamlippen, die Brüste oder das Gesicht zerschnitten."

"Amerika und Westeuropa behaupten, dass sie alles tun, um solche Verbrechen zu verhindern. Aber sie lügen, sie tun fast nichts", so Sr. Hatune. Die Amerikaner "die mit ihrer Radarüberwachung weltweit jede Nadel auf dem Boden finden, wollen offenbar nicht den IS ausschalten und den Konflikt wirklich beenden".

Der Westen sei nicht die Ursache für die Verfolgung, diese liege im militanten Islam, sagte die Ordensfrau: "Aber der Westen trägt natürlich auch eine Mitverantwortung, beispielsweise wegen des Irak-Kriegs." Christen würden in den muslimischen Staaten des Nahen Ostens systematisch verfolgt und vertrieben. "Es tut weh, das Elend zu sehen und mitzubekommen, dass diese Verfolgten im liberalen Westen fast keine Anwälte finden."

"Die Christen haben Angst"

Sr. Hatune arbeitet mit und für Frauen und Mädchen, die in den Nordirak flüchten konnten: "Sie müssen sich ausweinen können. Ihr Leid anzuhören ist ganz wichtig, damit sie anfangen können, ihr Trauma zu verarbeiten." Sie versuche, so die Ordensfrau, den Mädchen und Frauen eine sichere Unterkunft zu geben, "weil sie in den Lagern nicht sicher sind und ständig Angst haben". Zusätzlich leiste man auch materielle Hilfe.

Die Christen seien meist nicht in den großen Flüchtlingslagern im Nordirak und der Türkei untergebracht, da sie dort nicht sicher seien. Sie würden meist separat untergebracht in provisorischen Hallen oder eigenen Camps. Sr. Hatune: "Die Christen haben Angst. Sie haben kein Vertrauen, dass sie in den Lagern geschützt sind. Die Frauen und Mädchen haben Angst, weil nur ein Zelt-Reißverschluss sie von der Außenwelt abschirmt und vor neuen Vergewaltigungen schützt." Selbiges gelte auch für die Jesiden.

Entführte Mädchen freigekauft

Die Ordensfrau unterstrich, dass die Verfolgung der religiösen Minderheiten nicht erst mit dem Aufkommen des IS begonnen habe. Schon 2004 seien Christen entführt und von radikalen Sunniten im Irak geköpft worden. Christliche Mädchen seien entführt und vergewaltigt worden. Schon vor der Zeit des IS hätten die Ordensfrau und ihre Mitarbeiter entführte Mädchen und Frauen freigekauft. "Bis heute haben wir fast 300 von ihnen auf unterschiedlichem Weg und mit

unterschiedlichen Summen freigekauft", so Sr. Hatune.

Freilich sei das eine umstrittene Sache, da man damit auch die Terroristen finanziere, aber: "Ich sehe das Problem zuerst mit den Augen der Eltern und Geschwister. Und von 1.500 Euro wird der IS auch nicht reich." Die Mädchen würden auch nicht direkt vom IS sondern von "Händlern" gekauft.

Sr. Hatune: "Ein Mädchen haben wir einmal aus der elften Hand gekauft, das Mädchen war also schon elfmal weiterverkauft worden. Die machen mit den Mädchen ein richtiges Business. Die Frauen werden von den IS-Kämpfern, nachdem sie missbraucht wurden, an sunnitische Moslems weiterverkauft und die machen ihr Geschäft mit den Mädchen. Sie benutzen sie dann selber noch und verkaufen sie dann wieder weiter."

Schutzzonen notwendig

Der Westen müsse politischen Druck schaffen und Schutzzonen für die Minderheiten einrichten, forderte die Ordensfrau: "Schutzzonen sind wichtiger als die kurdischen Peschmerga-Kämpfer zu unterstützen, die keinerlei Schutz für die christlichen und jesidischen Minderheiten darstellen." Auch die Arbeit des UN-Hilfswerks UNHCR beurteilte die Ordensfrau sehr kritisch, da ihrer Ansicht nach Saudi Arabien zu viel (finanziellen) Einfluss habe und viele Verantwortliche vor Ort Muslime seien, die die nichtmuslimischen Minderheiten benachteiligen würden.

Irak-Schwerpunkt in Stift Lambach

Die dramatische Situation im Irak wird auch einer der Schwerpunkte der diesjährigen "Fachtagung Weltkirche" am 24. und 25. Juli im oberösterreichischen Stift Lambach sein. Die Ordensschwester Luma Khudher wird auf der Fachtagung über das Friedensengagement der katholischen Kirche im Irak berichten. Im Sommer 2014 musste die Dominikanerin mit ihren Mitschwestern vor den IS-Terroristen aus Mossul und Karakosch fliehen. Derzeit ist sie in Flüchtlingslagern des irakischen Kurdengebietes im Einsatz, wo sich die Schwestern u.a. um die medizinische Versorgung der Flüchtlinge und die Kinderbetreuung angenommen haben.

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt der Tagung ist die Zentralafrikanische Republik. 2013 schlitterte die Zentralafrikanische Republik in einen Teufelskreis von tödlicher Gewalt und

Vergeltung. Der Erzbischof von Bangui, Dieudonne Nzapalainga, setzt sich mit aller Kraft für den Frieden ein, wird deshalb aber auch mit dem Tod bedroht. Er hätte eigentlich als Hauptreferent bei der Fachtagung auftreten sollen, musste seine Teilnahme aber kurzfristig absagen. Der Grund: Papst Franziskus wird im November die Zentralafrikanische Republik besuchen. Eine vatikanische Vorausdelegation wird am kommenden Wochenende zur Planung des Besuchs in Bangui erwartet. Statt Erzbischof Nzapalainga wird deshalb Abbe Philippe Grebalet über die Situation in der Zentralafrikani-

schen Republik referieren. Abbe Grebalet ist Priester in der Diözese Alindao und dort u.a. Verantwortlicher für die Ausbildung der Katechisten.

Die "Fachtagung Weltkirche" ist eine Veranstaltung der Vereinigung der Frauenorden Österreichs, der Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften Österreichs, der MIVA-Austria und der Koordinierungsstelle für internationale Entwicklung und Mission (KOO).

Infos und Anmeldung finden sie unter www.fachtagung-weltkirche.at

Irakischer Franziskaner in Syrien befreit

Franziskanerkustodie des Heiligen Landes: Polizeiermittlungen führten zur Freilassung des 41-jährigen Irakers

Aleppo-Jerusalem (KAP) Ein vor einer Woche in der syrischen Provinz Idlib entführter irakischer Ordensmann ist wieder frei. Wie die Franziskanerkustodie des Heiligen Landes am 10. Juli in Jerusalem mitteilte, führten offenbar Polizeiermittlungen zur Freilassung des 41-jährigen Irakers.

Der Franziskaner Dhiya Aziz, Pfarrer in Jacobieh, war am vergangenen 4. Juli von Kämpfern einer unbekannt bewaffneten Gruppierung südwestlich von Aleppo festgenommen und zu einer Vernehmung mit dem örtlichen Emir gebracht worden. Seither gab es keinen Kontakt mehr zu ihm. Laut Mitteilung des Ordens wies die ursprünglich verdächtige Jabhat al-Nusra, eine Al-Kaida nahestehende Rebel-

lengruppe, eine Beteiligung an der Entführung zurück.

Der in Mossul geborene Aziz hatte sich nach Einsätzen in Ägypten und Jordanien freiwillig zunächst ins syrische Lattakieh und dann nach Jacobieh versetzen lassen. Die Region am Orontes gilt als besonders gefährlich, seit sie unter die Kontrolle der Jabhat al-Nusra gefallen ist.

Im Juni war ebenfalls in der Provinz Idlib ein katholischer Priester bei einem Überfall auf ein Franziskanerkloster von Rebellen getötet worden. Das Kloster wurde ausgeraubt; ein Ordensmann und die ebenfalls am Ort lebenden Ordensfrauen blieben unverletzt.

Papst: Christenverfolgung im Nahen Osten "eine Art Völkermord"

Franziskus warnt bei Salesianern in Santa Cruz auch vor Abstumpfung und Gleichgültigkeit wegen der vielen Schreckensberichte in den Medien

Santa Cruz (KAP) Papst Franziskus hat die weltweite Christenverfolgung als eine "Art Völkermord" bezeichnet. "Heute sehen wir mit Grauen, wie im Nahen Osten oder an anderen Orten der Welt viele unserer Brüder und Schwestern um ihres Glaubens an Jesus willen verfolgt, gefoltert und ermordet werden", sagte der Papst in der Nacht zum 10. Juli im bolivianischen Santa Cruz. "Und wir müssen es auch anprangern: In diesem 'Dritten Weltkrieg in Raten', den die Menschheit

gegenwärtig erlebt, ist eine Art Völkermord im Gange, der aufhören muss."

Franziskus äußerte sich in einer Ansprache beim Zweiten Welttreffen der Volksbewegungen. Zuvor hatte er vor der Gefahr der Abstumpfung und Gleichgültigkeit wegen der vielen Schreckensberichte in den Medien gewarnt. Christen - insbesondere Priester und Ordensleute - dürfen sich gegenüber dem Leid nicht abschotten und sich nicht an Unrecht gewöhnen, sagte der Papst im Salesianerkolleg

von Santa Cruz. Die heute weit verbreitete Maxime "immer etwas anderes - nichts bleibt" dürfe für sie nicht gelten, so Franziskus in einer Ansprache an Seelsorger, Seminaristen und Frauen und Männer im geistlichen Stand.

Der Papst ermahnte sie auch, sich nicht so wie in einer "Kaste der Anderen" von den

einfachen Gläubigen abzusondern. Gott berufe sie nicht zu "Funktionären Gottes", sondern die Berufung sei ein Geschenk, das die Berufenen annehmen, "weil wir dankbare Zeugen der Barmherzigkeit sind, die uns umgestaltet".

Papst fordert in Bolivien humanere Haftbedingungen

Haft nicht "das Gleiche wie Ausschließung" sondern "Teil eines Prozesses der Wiedereingliederung in die Gesellschaft" - Papst besuchte größtes Gefängnis des Landes

Santa Cruz de la Sierra (KAP) Papst Franziskus hat in Bolivien einen humaneren Strafvollzug angemahnt. Haft dürfe nicht "das Gleiche wie Ausschließung" sein, sagte er am 10. Juli beim Besuch des größten Gefängnisses des Landes in Santa Cruz de la Sierra vor einigen Tausend Häftlingen und dem Gefängnispersonal. Sie müsse "Teil eines Prozesses der Wiedereingliederung in die Gesellschaft" sein. Das Gefängnispersonal habe die Aufgabe "emporzuheben und nicht zu erniedrigen; Würde zu verleihen und nicht zu demütigen; zu ermuntern und nicht zu betrüben", so der Papst.

Zuvor hatten drei Häftlinge, einer von ihnen ein verurteilter Mörder, dem Papst ihren Lebensweg geschildert. Der Besuch fand unter erhöhten Sicherheitsvorkehrungen statt.

In der Gefangenenansiedlung "Palmasola" im gleichnamigen Ortsteil von Santa Cruz de la Sierra sitzen rund 5.300 verurteilte Kriminelle und Untersuchungshäftlinge ein. Das Gefängnis ist wegen seiner Gewalt- und Drogenexzesse berüchtigt und gilt als "Staat im Staate". Ein Grund dafür ist die Überbelegung: Auf rund 40 Quadratmetern schlafen bis zu 50 Häftlinge. In Palmasola leben auch zahlreiche Kinder von Häftlingen. Seelsorgerisch betreut werden die Gefangenen von Steyler Missionaren.

Franziskus forderte ein "schnelles und effizientes Zusammenwirken" der staatlichen Institutionen gegen Überbelegung, Langsamkeit der Justiz, Mangel an Rehabilitationsprogrammen sowie die Gewalt in Gefängnissen. Zugleich betonte er, dass die Häftlinge auch selbst zu einer Verbesserung ihrer Situation beitragen könnten. Sie müssten sich gegenseitig brüderlich helfen und Egoismus und Gewalt überwinden.

Den Häftlingen und dem Gefängnispersonal stellte sich der Papst mit den Worten vor: "Der vor euch steht, ist ein Mann, der Vergebung erfahren hat. Ein Mann, der von seinen vielen Sünden erlöst wurde und wird". Er habe ihnen nicht viel mehr anzubieten, als das, "was ich habe und was ich liebe", Jesus Christus, der die Barmherzigkeit Gottes sei.

Weiter rief Franziskus das Gefängnispersonal dazu auf, die Einteilung in moralisch 'Gute' und 'Schlechte' zu überwinden. Nötig sei eine Logik, "die darauf ausgerichtet ist, dem Menschen zu helfen". Dies schaffe bessere Bedingungen für alle. Der Papst beendete seine Rede mit den Worten: "Und bitte betet weiter für mich, denn auch ich mache meine Fehler und muss Buße tun."

Geballte Fäuste und Polit-Parolen für Papst Franziskus

Staatschef Evo Morales hielt in Santa Cruz vor der großen Papstrede antikapitalistische politische Kundgebung ab - Auch Lob für griechische Regierung, die "Revolution gegen die Macht der Finanzwelt" begonnen habe - Korrespondentenbericht von Ludwig Ring-Eifel

Santa Cruz (KAP) Der mit Spannung erwartete Auftritt von Papst Franziskus vor dem zweiten weltweiten Kongress der Volksbewegungen hat streckenweise den Charakter einer antikapita-

listischen politischen Kundgebung angenommen. Zu Beginn der Veranstaltung am 8. Juli in einer großen Messehalle verlasen Teilnehmer eine "Erklärung von Santa Cruz", in der sie eine

neue Weltwirtschaftsordnung und eine Überwindung des "kapitalistischen Neoliberalismus" forderten. Zum umfangreichen linken Wunsch-katalog gehörte auch Selbstbestimmung "unabhängig von der sexuellen Orientierung".

Begleitet von geballten Fäusten, Plakaten und Sprechchören, die einen Meerzugang für Bolivien forderten, begann Staatspräsident Evo Morales seine Rede. Er trug einen Blazer, auf dessen Brust ein Porträt von Ernesto Che Guevara prangte. Der war in den 60er Jahren an der Seite von Fidel Castro am Aufbau der kommunistischen Diktatur in Kuba beteiligt gewesen und starb 1967 als Guerillakämpfer in Bolivien. Unter den Fahnen, die im Saal geschwenkt wurden, waren auch kubanische.

In einer langen, kämpferischen Rede, die der des Papstes voranging, attackierte Morales das "nordamerikanische Imperium", das versuche, die "demokratischen Revolutionen" in Lateinamerika zu bekämpfen und die Völker des Kontinents zu spalten.

Zugleich pries er die Erfolge seiner politischen Bewegung "Movimiento al Socialismo". Ausgangspunkt seien soziale Bewegungen der Koka-Bauern und anderer Gewerkschaften gewesen. Sie habe zu einer Neugründung des Staates in Würde und Freiheit geführt. Einer der sichtbaren Erfolge sei die Verstaatlichung der Rohstoffindustrie gewesen. Der Kampf gegen Privatisierungen sei ein zentrales Anliegen aller lateinamerikanischen Volksbewegungen.

Der Linkspolitiker attackierte in seiner halbstündigen Rede in einem kämpferischen Rundumschlag auch seine liberalen Vorgängerregierungen und den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Ausdrücklich lobte er Griechenlands Präsidenten Alexis Tsipras für seinen Widerstand gegen die Sparauflagen des IWF und der Gläubigerstaaten. Was die griechische Regierung versuche, sei der Beginn einer Revolution gegen die Macht der Finanzwelt auch in Europa, der er Erfolg wünsche.

Morales kritisierte auch den Staat Israel, die Vereinten Nationen und den Weltsicherheitsrat. Dieser sei in Wahrheit ein "Welt-Unsicherheits-Rat".

Franziskus, den Morales mehrmals als "Bruder Papst Franziskus" ansprach, verfolgte die Rede mit kritischem Blick, kommentierte sie aber nicht. Seine eigene, ruhig und gefasst vorgetragene Ansprache war ebenfalls gespickt mit Forderungen nach radikalen Veränderungen auf nationaler und internationaler Ebene. Der Beifall der rund 3.000 Teilnehmer für "unseren revolutionären Papst", als der er angekündigt wurde, fiel jedoch im Vergleich zur einpeitschenden Rede des bolivianischen Präsidenten zunächst zurückhaltender aus. Erst als der Papst die Teilnehmer aufrief, den politischen und wirtschaftlichen Veränderungsprozess in die eigenen Hände zu nehmen, wurde der Applaus stärker.

Sein Appell, nicht nur Strukturen zu verändern, sondern sich auch um eine Umkehr der Herzen zu bemühen, traf auf nur mäßige Begeisterung. Der stärkste Beifall brandete auf, als er um Vergebung für die Sünden jener Kleriker bat, die bei der Eroberung und Missionierung Lateinamerikas die Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt hatten. Dabei vergaß er auch nicht, all jene Geistlichen und Ordensleute zu erwähnen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten an der Seite der Armen und Entrechteten einsetzten.

Nach seiner Rede zog der Papst demonstrativ den Helm eines bolivianischen Bergarbeiters an und segnete viele der anwesenden Volksbewegungsführer persönlich. Er wirkte deutlich entspannter als die bolivianischen Bischöfe, die den Saal mit raschem Schritt verließen. Einige von ihnen haben mit Morales in der Vergangenheit Konflikte ausgetragen. Sie warfen ihm vor, die gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche und die Meinungsfreiheit einzuschränken.

Was Jorge Bergoglio einer paraguayischen Kommunistin verdankt

Die aus Paraguay stammende und von der argentinischen Junta 1977 ermordete Esther Ballestrino war die erste Arbeitgeberin und eine große Lehrerin des heutigen Papstes

Wien-Asuncion (KAP) Papst Franziskus will bei seiner Reise nach Ecuador, Bolivien und Paraguay zur Aufarbeitung der früheren Diktaturen beitragen, die bisher in weiten Teilen nur bruchstückhaft geschehen ist. Das Anliegen ist eng mit der Biografie des Pontifex aus Argentinien verknüpft. In den späten 1970er-Jahren hat Jorge Mario Bergoglio das damalige brutale Militärregime seiner Heimat hautnah miterlebt. Was Paraguay betrifft, wohin Franziskus am 10. Juli reist, kommt ein großes persönliches Trauma des Papstes in diesem Kontext ins Spiel.

In seiner Funktion als argentinischer Jesuitenprovinzial hatte Bergoglio zur Rettung zahlreicher Menschen vor dem Staatsterror beigetragen - teils mit Erfolg, aber nicht immer. Denn für manche Weggefährten und Freunde war der Einsatz vergeblich. Zu Letzteren gehörte Esther Ballestrino de Careaga (1918-1977). Die Paraguayanerin und Menschenrechtsaktivistin war die erste Arbeitgeberin des heutigen Papstes.

Eine "großartige Frau", humorvoll und eine "außergewöhnliche Chefin" sei Esther Ballestrino gewesen, gab Bergoglio an, als er 2010 über seine Funktion als Ordensoberer bei jenem Tribunal aussagte, das sich der Aufarbeitung der argentinischen Diktatur widmete. Der promovierten Biochemikerin und Pharmazeutin verdanke er viel - etwa, dass er von ihr den Wert und Ernst der Arbeit gelernt habe. "Sie war eine Frau, die mir beigebracht hat, wie man arbeitet. Wie man exakte Analysen rund um Glycerin und ähnliche Substanzen durchführt, und wie man gut wissenschaftlich arbeitet."

Die Zeit, auf die sich Bergoglio bezog, waren die Jahre 1953 und 1954. Jorge Mario war gerade 17. Er versuchte sich als Chemielaborant, die promovierte Biochemikerin und Pharmazeutin Ballestrino, die aus Paraguay flüchten musste, leitete das Labor in Buenos Aires.

Im Buch "El Jesuita" wird Bergoglio sogar damit zitiert, die Arbeit sei "eines jener Dinge im Leben, die mir am besten getan haben", gewesen, und er sei seinem Vater Mario Jose Francisco stets dankbar dafür gewesen, dass er ihn arbeiten geschickt habe, habe er doch im "das

gute und schlechte von jeder menschlichen Arbeit gelernt".

Doch auch Bergoglios Interesse für Politik wurde laut seinen Angaben von Ballestrino geweckt. Die Paraguayerin war bekennende Kommunistin und in ihrer Heimat Gründerin und Generalsekretärin der feministischen Bewegung gewesen. Sie gehörte einer revolutionären Partei sozialistischer Prägung an, weshalb sie von der Militärdiktatur unter Higinio Morinigo verfolgt wurde. 1947 flüchtete sie ins Exil im benachbarten Argentinien, heiratete hier und hatte drei Töchter. Immer wieder versorgte sie den heutigen Papst mit Lesestoff, anschließend wurde darüber diskutiert.

Just in die Chemielaborszeit fiel für den jungen Bergoglio der Moment seiner Berufung zum Priestertum. Er trat in den Jesuitenorden sowie ins Priesterseminar ein, der freundschaftliche Kontakt zu der um 18 Jahre älteren Ballestrino blieb jedoch trotz getrennter Wege bestehen.

Entführung, Folter und Ermordung

Der argentinische Staatsstreich vom 24. März 1976 durch General Jorge Videla und dessen Repressalien gegen mutmaßlich Oppositionelle stellte alles unter neue Vorzeichen: Zwei Schwiegersöhne und eine im dritten Monat schwangere Tochter Ballestrinos wurden entführt und gefoltert, worauf die Chemikerin mit anderen Angehörigen von Verschwundenen die Gruppe "Madres de la Plaza de Mayo" gründete. Nach der geglückten Freilassung der Tochter floh Ballestrino mit ihrer Familie nach Brasilien und Schweden, kehrte jedoch bald wieder nach Argentinien zurück mit dem Vorhaben, weiter für die Auffindung von Entführungsoptionen zu kämpfen.

Zur letzten Begegnung von Bergoglio mit seiner früheren Chefin kam es, als Ballestrino den Jesuitenoberen am Telefon um die Krankensalbung für ihre Schwiegermutter bat. Der heutige Papst erfüllte den Wunsch, wenngleich er ihm eigenartig vorkam, auch wenn die Schwiegermutter als einzige der Familie gläubig und "einigermaßen fromm" gewesen sei. Ballestrino nutzte die Gelegenheit, um den Ordensmann um

ein Versteck für die Bibliothek zu fragen; ihr war bewusst, dass das Regime jede ihrer Aktivitäten überwachen ließ.

Längst waren auch die geheimen Treffen der "Madres de la Plaza de Mayo", die in der Kirche "Santa Cruz" stattfanden, infiltriert. 13 Mitglieder - darunter Ballestrino sowie zwei französische Ordensschwwestern, Alice Domon und Leonie Duquet - flogen am 8. Dezember 1977 durch einen Spion der Armee auf, der der Gruppe als vermeintlicher Angehöriger eines Verschwundenen beigetreten war. Sie wurden von einem Kommando der Diktatur verschleppt, zehn Tage lang gefoltert und schließlich auf einem der zu trauriger Berühmtheit gelangten Todesflüge umgebracht. Als Todesdatum gilt der 18. Dezember 1977.

Vergeblicher Einsatz

Gegenüber dem Tribunal erklärte Bergoglio 2010, er sei "erschüttert" gewesen, als er von der

Verschleppung und Ermordung Ballestrinos erfuhr. Der Jesuitenprovinzial wollte sich mit Verwandten der Aktivistin in Verbindung setzen, doch waren diese untergetaucht. Er suchte deshalb den Kontakt mit Menschenrechtlern - in der Hoffnung, diese könnten aufgrund ihrer Beziehungen Näheres in Erfahrung bringen oder etwas für die Verschwundenen unternehmen. Er sprach vor bei Mitarbeitern der Rechtsabteilung der Erzdiözese, die formell für den Behördenkontakt zuständig waren.

Erst 2005 wurden die sterblichen Überreste Ballestrinos und ihrer Mitstreiter identifiziert. Sie waren 1978 an der Küste bei Buenos Aires aufgefunden und in ein Massengrab geworfen worden. Bergoglio, nunmehr Kardinal und Erzbischof der Hauptstadt-Diözese, gab die Erlaubnis für eine Bestattung in der Kirche Santa Cruz, die seither eine Gedenkstätte ist.

Papst ernennt maltesischen Franziskaner zu Koadjutor in Libyen

George Bugeja soll Bischof Martinelli in Tripolis unterstützen - Franziskaner von Malta sind seit Jahrhunderten mit katholischer Gemeinde von Tripolis verbunden

Vatikanstadt (KAP) Papst Franziskus gibt die katholische Präsenz in Libyen nicht auf. Am 10. Juli wurde der Franziskaner P. George Bugeja zum Bischof-Koadjutor für Tripolis ernannt. Er wird den 73-jährigen Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli, der seit 1985 als Apostolischer Vikar von Tripoli tätig ist, unterstützen und später nachfolgen.

P. George Bugeja, Jahrgang 1962, stammt aus Malta. In der Heimat studierte er Theologie und Philosophie, in London auch Journalismus. Bereits mit 15 Jahren trat er bei den Franziskanern ein, zuletzt war er als Guardian des Franziskanerkonvents in Gozo tätig. Die Franziskaner von Malta sind seit Jahrhunderten mit der katholischen Gemeinde in Tripolis verbunden, der neu ernannte Bischof-Koadjutor führt diese Tradition weiter.

Bischof Martinelli stammt aus Libyen. Seine Familie gehörte zu jenen zehntausenden italienischen Bauern und Landarbeitern, die um 1930 ausgewandert waren. Seine Studien absolvierte er in Italien, wo er auch zum Priester geweiht wurde.

1971 kehrte der junge Franziskaner P. Martinelli in sein Geburtsland zurück, obwohl

im September 1969 nach der Machtergreifung Gaddafis die meisten Katholiken ausgewiesen worden waren und das neue Regime die Kathedrale von Tripolis zur Moschee umfunktionierte. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung Libyens kam es aber ab den 1980er-Jahren wieder zur Immigration vieler Katholiken vor allem aus Schwarzafrika und aus asiatischen Ländern. Als nach der westlichen Intervention in Libyen, die zum Sturz Gaddafis führen sollte, im Land das Chaos der einander bekriegenden Milizen ausbrach, blieb Martinelli auf seinem Posten.

Mit der Ausbreitung des IS-Terrors ordnete die italienische Regierung im Februar an, dass alle italienischen Staatsbürger, einschließlich des diplomatischen Personals, Libyen verlassen sollten. Bischof Martinelli weigerte sich entschieden. In einem Interview mit dem "Corriere del Veneto" sagte der Franziskaner-Bischof: "Ich habe abgeschnittene Köpfe gesehen - und ich bin mir bewusst geworden, dass das auch mein Schicksal sein könnte. Aber es ist kostbar, Zeugnis für Christus geben zu können. Auch durch das Martyrium. Der Wille Gottes geschehe. Ich gehe von hier nicht weg. Und ich habe keine Angst."

Tschechien gibt sanierungsbedürftige Gebäude an Kirche zurück

Bis 2020 sollen Georgskloster und Neue Propstei auf Prager Burg renoviert werden – Finanzierung ungeklärt

Prag (KAP) Nach zweijährigen Verhandlungen haben Tschechien und die katholische Kirche die Rückgabe von beschlagnahmtem Kircheneigentum vereinbart. Staatspräsident Milos Zeman und der Prager Erzbischof Dominik Duka unterzeichneten am 16. Juli ein Memorandum, das die Rückgabe des Georgsklosters und der Neuen Propstei bis Ende Januar 2016 vorsieht. Die historischen Gebäude auf der Prager Burg waren unter den Kommunisten enteignet worden. Außerdem wird die Vermietung zweier weiterer Gebäude für 99 Jahre bestätigt. Dies hatten Duka und der damalige Präsident Vaclav Klaus bereits 2010 vereinbart.

Die Kirche verpflichtet sich ihrerseits, das Georgskloster und die Neue Propstei, die sich in schlechtem baulichen Zustand befinden, binnen fünf Jahren zu sanieren und dann für die Öffentlichkeit offenzuhalten. Die Nationalgalerie, die lange Jahre das Georgskloster genutzt hatte, war vor einiger Zeit dort wegen der untragbaren Bedingungen ausgezogen.

Zeman hatte nach einem Besuch des Klosters Anfang des Jahres den Zustand des

Klosters als katastrophal bezeichnet. Es sehe innen "wie nach einem Bombenangriff" aus. Es spreche jedoch nichts dagegen, dass die Kirche das Kloster renoviere und dann beispielsweise als Kulturzentrum, Museum, Galerie oder Konzertsaal nutze. Woher die Kirche die Gelder für die Sanierung nehmen wird, ist bislang unklar. Die Kosten belaufen sich nach ersten Schätzungen auf Dutzende Millionen Euro.

In dem Memorandum gibt die Kirche ihre Ansprüche auf alle anderen Gebäude auf, die ihr früher auf dem Burgareal gehörten. Davon nicht betroffen bleibt der Veits-Dom. Dieser gehört nach einer fünf Jahre alten Vereinbarung dem Staat, der die berühmteste Kathedrale des Landes aber gemeinsam mit der Kirche verwaltet.

Dukas Vorgänger im Amt des Erzbischofs, Kardinal Miloslav Vlk, nannte das Memorandum "gesetztes- und verfassungswidrig". Vlk hatte in seiner Zeit als Prager Erzbischof von 1991 bis 2010 wiederholt die Gerichte angerufen, um die Ansprüche der Kirche gegenüber dem Staat durchzusetzen.

Danaergeschenk an Tschechiens Katholiken

Die Kirche ficht um Wiedergutmachung - und bekommt marode Bauten. Korrespondentenbericht von Hans-Jörg Schmidt

Prag (KAP) Jahrelang hat die katholische Kirche in Tschechien um die Rückgabe verstaatlichter Güter gerungen. Was sie jetzt erhält, sind Schrott-Immobilien. Der Deal entzweit sogar Prags Erzbischof Duka und seinen Vorgänger Vlk.

So richtig glücklich können Tschechiens Katholiken nicht sein. Zwar sind seit 16. Juli die teils jahrzehntelangen Streitigkeiten mit dem Staat über die Rückgabe des unter den Kommunisten verstaatlichten Eigentums auf der Prager Burg zu den Akten gelegt. Doch die Kirche hatte sich nach der Wende von 1989 etwas anderes vorgestellt.

Es nimmt nicht Wunder, dass das Memorandum über die abschließende Einigung zwar

im repräsentativen Thronsaal der Prager Burg, aber nur in kleinstem Kreis unterzeichnet wurde. Präsident Milos Zeman und der Prager Erzbischof Dominik Duka waren quasi allein mit ein paar Protokollbeamten. Journalisten waren nicht erwünscht.

Die beiden Präsidenten, mit denen die Kirche über Jahre über Kreuz lag, Vaclav Klaus und Milos Zeman, erwiesen sich als äußerst harte Verhandlungspartner. Klaus hatte immerhin mit dem früheren Prager Erzbischof Miloslav Vlk einen starken Widerpart, der sich nicht scheute, für eine Korrektur des kommunistischen Unrechts vor Gericht zu ziehen. Vlk kämpfte jedoch einen ungleichen Kampf: Teilweise hatte er es mit Richtern zu tun, die vor der

Wende amtierten und kein Ohr für die Ansprüche der Kirche hatten.

Legendär waren die Auseinandersetzungen um die böhmische Kathedrale, den Veitsdom. Mal wurde er der Kirche zugesprochen, dann wieder dem Staat. Die tschechische Presse, selbst die konservative, schlug sich deutlich auf die Seite des Staates - im Wissen darum, dass die große Mehrheit der herzlich gottlosen Tschechen der Kirche am liebsten gar nichts zurückerstattet hätte. Mitunter wirkte das wie eine späte Rache für die Niederlage der böhmischen Stände gegen die Habsburger in der Schlacht am Weißen Berg von 1620.

Seit fünf Jahren nun gibt es eine Vereinbarung über den Veitsdom, der dem Staat zugesprochen wurde, aber gemeinsam mit der Kirche verwaltet wird. Als auf Vlk Duka folgte, nahm die Kirche eine versöhnlichere Haltung ein. Sie gipfelte in der Vereinbarung vom 16. Juli.

Nur zwei von elf beanspruchten Gebäuden

Ganze zwei von ursprünglich elf beanspruchten Gebäuden bekommt die Kirche zurück; zwei andere Immobilien darf sie für 99 Jahre vom Staat mieten. Dafür ließ die Kirche alle weitergehenden Forderungen fallen. Der emeritierte Erzbischof Kardinal Vlk nannte die Vereinbarung zwischen Präsidialamt und Kirche "gesetzes- und verfassungswidrig" - ein für die neuzeitliche böhmische Kirche beispielloser Widerspruch gegenüber seinem Amtsnachfolger.

Vlk weiß, dass das, was die Kirche vom Staat bekommt, ein Danaergeschenk ist: Die Neue Proposte und vor allem das Georgskloster befinden sich in erbarmungswürdigem Zustand. Das Kloster auf dem 10. Jahrhundert, von Bene-

diktinern erbaut, ist das älteste in Böhmen. Sein barocker Glanz ist nur Fassade. Als Präsident Zeman das Kloster Anfang des Jahres besichtigte, war er fassungslos: "Wie nach einem Bombenangriff" sehe es dort aus. Er habe sich nicht vorstellen können, dass es auf dem Burgareal ein Gebäude in solch schlechtem Zustand gebe.

Dabei hätte es wissen können: Wegen untragbarer Zustände war schon die Nationalgalerie dort ausgezogen, die hier eine einzigartige Sammlung aus Werken der Spätgotik, Renaissance und des Barock zusammengetragen hatte.

Woher soll Kirche Millionen nehmen?

Soll sich doch die Kirche kümmern - das schien für das Staatsoberhaupt die einfachste Lösung. Fünf Jahre hat die Kirche jetzt Zeit, das Kloster grundlegend zu sanieren und wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen. Woher die Kirche die mehreren Dutzend Millionen Euro dafür hernehmen soll, ist offen.

Die Filetstücke aus einstigem kirchlichen Besitz bleiben dagegen in staatlicher Hand. So will es das Memorandum, zu dem Dominik Duka gute Miene machen musste. Logisch, dass er bei der Unterzeichnung nicht auch noch Journalisten dabei haben wollte.

Zeman wiederum ersparte sich durch die Abwesenheit von Medienvertretern etwaige Fragen nach Unrechtsbewusstsein und historischer Verantwortung. Immerhin kann er sicher sein, dass die Vereinbarung bei der mehrheitlich atheistischen Bevölkerung und den tschechischen Medien Beifall finden wird. Aus Sicht beider hat der Staat der Kirche mit der Restitution und Ausgleichszahlungen ohnehin schon zu viel in den Rachen geworfen.

Protest gegen Verkauf von Kloster in der Türkei

Syrisch-orthodoxer Parlamentsabgeordneter fordert von Regierung Rückgabe der Immobilien an die Christen

Ankara (KAP) In der Türkei soll das 1.700 Jahre alte Gebäude eines syrisch-orthodoxen Klosters verkauft werden. Wie der Fernsehsender IMC-TV am 14. Juli unter Berufung auf den syrisch-orthodoxen Parlamentsabgeordneten Erol Dora meldete, steht das Johannes-Kloster in der südostanatolischen Provinz Mardin zum Verkauf. Auch das Gebäude einer 800 Jahre alten griechisch-orthodoxen Kirche im nordwesttürki-

schon Mudanya wird demnach zum Verkauf angeboten. Dora richtete mit Blick auf die geplanten Verkäufe eine parlamentarische Anfrage an die Regierung in Ankara, in der er unter anderem eine Rückgabe der Immobilien an die Christen fordert.

Viele Immobilien christlicher Gemeinden in der Türkei waren in den vergangenen Jahrzehnten vom Staat eingezogen oder an Dritte

weiterverkauft worden. Erst seit einigen Jahren läuft die Rückgabe von Kirchen und anderen Gebäuden an die Christen.

In seiner Anfrage an das zuständige Kulturministerium will Dora unter anderem wissen, auf welche Weise das Kloster in Mardin und die

Kirche in Mudanya in den Besitz jener Personen gekommen sind, die nun die Gebäude zum Verkauf anbieten. Zudem kritisiert Dora, das Ministerium vernachlässige in beiden Fällen seine Aufgabe zum Schutz des kulturellen Erbes des Landes.

Festnahmen nach Brandstiftung auf Benediktinerkloster Tabgha

Israelische Polizei gibt Festnahme von drei Verdächtigen bekannt - Brandanschlag Mitte Juni auf deutsches Benediktinerkloster

Jerusalem (KAP) Nach dem Brandanschlag auf das deutsche Benediktinerkloster Tabgha am See Genezareth Mitte Juni hat die israelische Polizei am 12. Juli die Festnahme von drei Verdächtigen bekanntgegeben. Die Untersuchungen dauern den Angaben zufolge weiter an. Unbekannte hatten in der Nacht zum 18. Juni Feuer an den erst 2012 eingeweihten Klosterneubau gelegt und einen Sachschaden in Millionenhöhe verursacht.

Medienberichten zufolge handelt es sich bei den Verdächtigen um drei jüdische Jugendliche, die in einer gemeinsamen Aktion der israelischen Polizei und des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet festgenommen wurden. Laut den Berichten ist mit weiteren Festnahmen zu rechnen. 16 unmittelbar nach der Tat festgenommene Talmud-Studenten waren nach einer Befragung wieder freigelassen worden.

Papst ernennt Familienratssekretär Laffitte zu Malteser-Prälaten

Er soll Malteser-Kardinalpatron Raymond Burke in der geistlichen Leitung des Ordens unterstützen

Vatikanstadt (KAP) Bischof Jean Laffitte (63), aus Frankreich stammender Sekretär des Päpstlichen Rats für die Familie, ist vom Papst zusätzlich zum Prälaten des Souveränen Malteserordens ernannt worden. In dieser Eigenschaft unterstützt er den Kardinalpatron, den US-Amerikaner Raymond Leo Burke (67), in der geistlichen Leitung des Ordens.

Laffitte, Mitglied der französischen Emmaus-Gemeinschaft, ist als Prälat Nachfolger des italienischen Vatikandiplomaten Erzbischof Angelo Acerbi (89). Burke war zuvor von 2008 bis 2014 Präfekt des vatikanischen Gerichtshofs der Apostolischen Signatur.

Deutschland: Kirchen rufen zur Teilnahme am Klima-Pilgerweg auf

Informationen über die einzelnen Abschnitte des internationalen ökumenischen Pilgerwegs unter www.klimapilgern.de - Deutsche starten am 13. September an der Ostsee, Österreicher am 17. Oktober in Wien - Ziel ist Paris

Hamburg-Wien (KAP) Die beiden großen Kirchen rufen die Christen in Norddeutschland zur Teilnahme am Ökumenischen Pilgerweg zur Weltklimakonferenz in Paris auf. "Damit wollen wir ein Zeichen für ein gerechtes und verbindliches Klimaschutzabkommen setzen", heißt es in dem am 7. Juli veröffentlichten gemeinsamen Schreiben von Bischof Gothart Magaard und

Weihbischof Hans-Jochen Jaschke aus der Erzdiözese Hamburg.

Der Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit startet am 13. September unter dem Motto "Geht doch!". Er führt von Flensburg an der Ostsee über Trier nach Paris. Österreicher können sich ab 8. November in Kaiserslautern oder Saarbrücken einklinken. In Paris beginnt

am 30. November die UN-Klimakonferenz, auf der ein neues weltweites Klimaabkommen beschlossen werden soll.

"Wir wollen uns gemeinsam auf den Weg machen", schreiben die beiden Hamburger Bischöfe. Im Vorfeld der Konferenz in Paris solle der Pilgerweg auf die globale Dimension des Klimawandels aufmerksam machen. Es gelte, die Stimme zu erheben für die Schwächsten und Verwundbarsten der Weltgemeinschaft.


Der Pilgerweg wird von den Diözesen und Landeskirchen sowie einem breiten Bündnis aus christlichen Entwicklungsdiensten, Missionswerken und Verbänden getragen. Er führt an sogenannten Kraftorten und Schmerzpunkten entlang. Kraftorte sind laut Angaben etwa Gemeindehäuser mit Solaranlagen und Tierparks zur Erhaltung von Tierrassen. Als Schmerzpunkte werden Orte der Ungerechtigkeit einer zerbrochenen Schöpfung, wie das Kohlekraftwerk Hamburg/Moorburg angesehen.

Der "Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit in Österreich" führt von 17. Oktober bis 8. November von Wien nach Salzburg. Die Aktion ist Teil des europaweiten "Klimapilgers". Jedenfalls werden die Klimapilger mit der Enzyklika "Laudato si" eine gute Nachdenk-

Unterlage haben. Dass sie auf den langen Strecken auch das bekannte Lied "Laudato si" singen werden, kann vorausgesetzt werden.

Eine Kerngruppe, bestehend aus Vertretern der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz, der Katholischen Frauenbewegung und der Orden, wird die gesamte 22-tägige Strecke durchgehen, welche ungefähr die Route des österreichischen Jakobsweges verfolgt, erklärte Ferdinand Kaineder, Pilgerexperte und Leiter des Medienbüros der Orden, gegenüber "Kathpress". Sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen können teilnehmen und sich - auch tageweise - dem Marsch anschließen. Aufgesucht werden sowohl "Kraftorte" als auch "Schmerzpunkte", die jeweils Positiv-Beispiele als auch "Klimasünden" thematisieren sollen.

Von Salzburg können die Pilger nach Saarbrücken weiterreisen und dort am 13. November (am 8. November ab Kaiserslautern) an den Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit (www.klimapilgern.de) andocken. Am 27. November erreichen die Klimapilger französische Hauptstadt, wo am 28. November eine interreligiöse Abschlussveranstaltung stattfinden soll.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Georg Pulling, Johannes Pernsteiner, Jennifer Mostögl Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	